

Arbeiter-Zeitung

Sonntags, 3. Juli 1923
8. Jahrgang, Nummer 154

für Schlesien und Oberschlesien

Geheim täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,35 Mk., unter Briefband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die 10 gelbsten Millimeterzeile über dem Raum 12 Pf., Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 6 Pf. Kellernpreis: Die 8 gelbsten Millimeterzeile über dem Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Annahme in der Haupt-Exposition morgens 8 Uhr, in der Spezial-Exposition am Tage vorher bis spätestens abends 6 Uhr.

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit den Beilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Solidarität“, „Die kommunistin“, „Der junge Kämpfer“, „Proletarisches Feuilleton“, „Wirtschaftl. Rundschau“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Tschilber Str. 42, Telefon Ring 2007.
Postfach 510, Breslau 544, Zentral-Expositionen: Glatz, Gleiwitz, Hirschberg, Jauer, Kattowitz, Oppeln, Ratiboritz, Silesien, Tarnobrzeg, Zelenka, Zittau.
Verlag: 4, El. 2934, Glatz, Danziger Str. 40, Gleiwitz, 4, El. 2934, Ratiboritz, 4, El. 2934, Silesien, 4, El. 2934, Tarnobrzeg, 4, El. 2934, Zelenka, 4, El. 2934, Zittau.
Morgens bis 7 Uhr abends, Redaktion: Breslau, Tschilber Str. 40, Tel. Ring 2007. Sprechzeit der Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, Samstag 12-1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6-7 Uhr.
Vertriebsraum am Hauptbahnhof Breslau

Reichstagauflösung oder Ausnahmezustand?

Die Sozialdemokratie lehnt unter dem Massendruck der Arbeiter das Fürstentombrombi ab

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Juli.

Die SPD-Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen abend gehaltenen Fraktionsversammlung, die zum Teil sehr stürmisch verlief, mit 73 gegen 38 Stimmen beschlossen, in der dritten Lesung des Fürstengesetzes mit „Nein“ zu stimmen. Die SPD-Fraktion im Preussischen Landtag hat in einem Schreiben an die Reichstagsfraktion die Annahme des Fürstengesetzes gebittet.

Über Nacht hat sich die politische Situation wieder einmal geändert. Während die SPD bei der zweiten Lesung des Schandgesetzes sich der Stimme enthielt und damit dem Kompromiß zur Annahme verhalf, war sie gestern abend unter dem Massendruck der enttäuschten Arbeiterfraktion genötigt, wieder einmal den Kurs zu ändern. Der erwählte Beschluß, der die Fraktion zur Ablehnung des Gesetzes zwang, ist zustande gekommen, nach stürmischen Debatten. Die Kräfte die nach wie vor in der sozialdemokratischen Fraktion für Annahme des Kompromisses wirkten, sind stark und finden ihre Stütze in der preussischen Landtagsfraktion. Der gestrige Beschluß schließt daher einen neuen Umfall der sozialdemokratischen Fraktion nicht aus.

Während ein Teil der bürgerlichen Presse in großen Schlagzeilen oerlündet: „Die Reichstagsauflösung unvermeidlich, die Sozialdemokraten sind gegen das Kompromiß“ hat die Zentrumspresse charakteristischerweise ihre Hoffnung auf einen erneuten Umfall der Sozialdemokratie nicht aufgegeben. Die gewöhnlich gut unterrichtete „Schlesische Volkszeitung“ schreibt:

Noch im Laufe des heutigen Tages hatte sich die Lage insofern etwas günstiger gestaltet, als die preussische Fraktion der Sozialdemokratie mit großer Mehrheit sich für die Annahme des Kompromisses aussprach und den Ministerpräsidenten Brauns, der gleichzeitig Mitglied des Reichstages ist, beauftragte, diesen Beschluß der Reichstagsfraktion mitzuteilen.

Hindenburg, der Ketter, stellt sich nicht nur schützend vor seinen fürstlichen Herrn, sondern auch vor die gesamte herrschende Klasse, die in einer Reichstagsauflösung die Gefahr einer politischen Wachtveränderung sieht. Der „Local-Anzeiger“ berichtet weiter, daß die Reichsregierung in einer Angelegenheit beizutreten hat, nicht den Reichstag aufzulösen. Sie denkt auch nicht daran, ihren Rücktritt zu erklären. Das Organ der „Internationalen in Schlesien, die „Schlesische Tagespost“, hat bereits gestern aus der Schule gepöblert:

„In jedem Fall ist die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages geringer geworden. Namentlich der Reichspräsident glaubt es nicht verantworten zu können, seine Unterschrift für die Auflösung des Reichstages zu geben, weil der Wahlkampf wieder unter der Waage für oder gegen die Fürstenabfindung gefährdet werden würde und somit die Gefahr besteht, daß die Ruhe und Ordnung im Lande gefährdet werden könnte.“

In einem zweiten Artikel der „Tagespost“ heißt es noch weit deutlicher:

„Es war allerdings bekannt geworden, daß der Reichspräsident Hindenburg nicht beabsichtigt, der Auflösungsparole des Reichstages zu folgen. Er wird den Ausweg aus der Sackgasse wahrscheinlich in der Anwendung des Artikels 48 sehen, von dem die Ausführbestimmungen im Reichsinnenministerium unmittelbar vor dem Abschluß stehen.“

Diese Mitteilungen des Organs der Stahlhelmhändler signalisieren der deutschen Arbeiterfraktion die ungeheure Gefahr des schlesischen Vorstoßes. Mit Verhängung des Ausnahmezustandes, den die Arbeiter in Schlesien und Oberschlesien von 1923 her noch in Erinnerung haben, soll nach dem Willen der herrschenden Klassen das Schandgesetz durchgeführt und die Zollvorlage zur Annahme gebracht werden. Vielleicht hofft die Drahtzieher der Fürsten auch, daß schon die Drohungen mit der Verweigerung der Reichstagsauflösung unter Androhung des Ausnahmezustandes genügen wird, die sozialdemokratische Fraktion zu einem neuen Umfall zu veranlassen. Um so notwendiger ist daher jetzt die geante Mobilisation der 14 1/2 Millionen Werttätiger zur Verhinderung der Staatskreditpläne. Die Forderung des gesamten Proletariats muß auch in Schlesien und Oberschlesien lauten:

Fort mit dem Reichstag der Fürstentombrombi.
Fort mit Hindenburg und der Ketterregierung.
Sofortige Einberufung eines Kongresses aller Werttätigen.

Die Kommunisten erzwingen Stellungnahme des Reichstags zur Erwerbslosenfrage

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Juli.

Zu Beginn der gestrigen Reichstagsversammlung erhält das Wort zur Geschäftsordnung der Gewisse Kappel:
Wir haben vor einigen Tagen die Feststellung gemacht, daß die Bezüge der Erwerbslosen im Gegensatz zu den Reichstagsbeschlüssen und der Anordnung der Regierung verschlechtert werden. Unserer Feststellung haben die Parteien kein Gehör gegeben. Heute meldet der

„Vorwärts“, daß die Regierung die Höchstlöhne bis November des Jahres weiter gelten lassen wollte, daß aber dem Reichsrat eine Begründung vorzulegen habe, wonach die Verwaltungsausschüsse bei den Arbeitsnachweiser und die Landesregierungen die Erwerbslosenunterstützung herabzusetzen können. Um diesen Skandal unmöglich zu machen, fordern wir die sofortige Beratung folgenden Antrages:
Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, durch sofortige Anordnung den Regierungen der Länder und den Verwaltungsausschüssen bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser zu untersagen, die in der Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. März 1923 festgelegten Höchstlöhne in der Erwerbslosenunterstützung herabzusetzen oder die Begrenzung der Höchstlöhne in der Erwerbslosenunterstützung auf einen bestimmten Teil des früheren Arbeitsverdienstes vorzunehmen.

Unter dem Eindruck dieser Rede des Genossen Kappel sieht sich sogar die reaktionäre Reichstagsopposition, die Erwerbslosenfrage auf die Tagesordnung zu setzen.
Zunächst wird das Fürstengesetz beraten.
Reichstagskanzler Marx verlangt, daß das Schandgesetz vor den Parteien mit zwei Dritteln Mehrheit angenommen werde. Sollte sich die Erwartung der Regierung nicht erfüllen, so lege die Regierung auf die Verlängerung der Sperrfrist keinen Wert mehr.
Nachdem der Reichstagskanzler diese neueste Drohung ausgesprochen

hat, wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung wird dadurch unmöglich gemacht, daß Reichstagskanzler Marx als Abgeordneter Einspruch erhebt. Die dritte Lesung dieses Sperrgesetzes soll erst beraten werden, wenn das Schandgesetz zugunsten der Fürsten am morgigen Tage angenommen sein würde.

Es folgt nunmehr die Beratung des kommunistischen Antrages zur Erwerbslosenfrage.

Der Antrag wird begründet durch den Genossen Kappel: Es ist uns aufgefallen, daß das Reichsarbeitsministerium im Sozialpolitischen Ausschuss den scharfen Vorstoß gegen die Begrenzung der Erwerbslosenunterstützung auf 75 Prozent der gezahlten Löhne nicht wiederholte. Jetzt wissen wir, warum. Der Arbeitsminister hat es ja gar nicht notwendig, auf die Weise Verschlechterungen der Erwerbslosensituation herbeizuführen. Es ist ja viel bequemer, hier für die Erwerbslosen einzutreten und gleichzeitig den Ländern Ausführbestimmungen aufzugeben zu lassen, nach denen die Erwerbslosenunterstützung in den einzelnen Gebieten herabgesetzt werden kann.

Der Reichstagskanzler Marx verlangt, daß das Schandgesetz vor den Parteien mit zwei Dritteln Mehrheit angenommen werde. Sollte sich die Erwartung der Regierung nicht erfüllen, so lege die Regierung auf die Verlängerung der Sperrfrist keinen Wert mehr.
Nachdem der Reichstagskanzler diese neueste Drohung ausgesprochen

Höhepunkt im Josephinenprozeß

Die Zeugin als Anklägerin

Seit dem Mordprozeß Gruben hat in den letzten Jahren keine Schwurgerichtsverhandlung so ungeheures Interesse erregt, als die Verhandlung gegen Josephinen. Bereits von 7 Uhr war am Donnerstag das Gerichtsgebäude belagert, die Nachfrage nach Einlasskarten konnte bei weitem nicht befriedigt werden. Alle kamen, um die Hauptbelastungszeugin, die angeblich geisteskrante Kadeh zu hören.

Um 9 Uhr betrat die 32 Jahre alte Zeugin, mit Manuskripten in der Hand, den Saal. Sie ist mittelgroß, schmächtig, hat hellblondes Haar, markante, intelligente Gesichtszüge, nur der Blick ist klar. Der Vorsitzende macht die Zeugin zunächst darauf aufmerksam, daß sie zwar unvereidete vernommen wird, aber trotzdem die Pflicht hat, die Wahrheit zu sagen. Er bittet sie, nicht zu sehr vom Verhandlungsgegenstand abzuweichen. „Ich werde mir Mühe geben“, erklärt die Kadeh mit sicherer, etwas gezierter Stimme. „Fühlen Sie sich selbst geistig gesund, um als Zeugin vernommen zu werden?“ fragt der Vorsitzende. „Ja, Herr Landgerichtsdirektor“, lautet die bestimmte Antwort. „Alsdann wird in die Vernehmung eingetreten und die Zeugin erzählt, wie sie als 19jähriges schmerzliches Mädchen in dem Angeklagten das Idealbild eines Mannes gesehen. Sie lernte ihn in Briesg kennen, er fiel ihr durch sein von dem Kleinstadtmilieu sich scharf abhebbendes Wesen auf. Sie bewunderte seine Intelligenz und musikalische Begabung. Auch seine beruflichen Leistungen imponierten ihr, er stand als Jurist weit über dem Durchschnitt, behauptete sie. Die Zeit, in der Josephinen mit ihr verkehrte, bezeichnet sie als die schönsten ihres Lebens.“

§ 218 —

Mit einem geradezu fabelhaften Räderinnerungsvermögen gibt sie einzelne Daten im Verkehr mit Josephinen, Gespräche und Inhalt von Briefen wieder, wobei sie sich zeitweilig auf Unterlagen stützt. Als sie dem Josephinen 1918 mitteilte, daß sie sich Mutter fühlte, schrieb er zurück: „Heiß baden und massieren“. Das tat sie nicht und fuhr zu Josephinen, der sehr erregt war und ihr riet, vom Tisch zu springen, dann sei die Sache bald erledigt. Auch dieses Aninnen lehnte sie ab. Josephinen drang immer mehr darauf, daß sie die Frucht abtreiben sollte. „Wenn ich noch Vater eines Kindes werde, bin ich genötigt, reich zu heiraten und muß den Verkehr mit Dir aufgeben.“ Diese Spekulation auf die Eifersucht half. Die Kadeh schilderte dann, wie sie auf Rat des Josephinen zwei Frauenärzte aufsuchte, beide lehnten einen Eingriff ab, bis sie schließlich einen Arzt fand, der den Abort einleitete. Die Kosten betragen 1500 Mark.

Wie die Kadeh durch Josephinen ruiniert wurde

Als die Kadeh merkte, daß es der Angeklagte, dem zuliebe sie alles getan, nicht ernst mit ihr meine, unternahm sie 1920 einen Selbstmordversuch, durch den sie noch lange Zeit gesundheitslich und wirtschaftlich schwer geschädigt wurde. Trotzdem konnte sie nicht von Josephinen los, sie verlor ein goldenes Armband, um Josephinen, der wieder mal in Verlegenheit war, 3000 Mark zu geben. Einen Schuldchein ließ sie sich nicht geben. Im August 1923 gab sie ihm nochmals 7 Millionen Papiermark. Durch Josephinen kam sie in Bekantheit, daß sie betteln gehen mußte. Um nicht ins Asyl zu kommen, ist sie sogar mit Männern in die Wohnung gegangen, ohne dafür etwas zu verlangen. 1,50 Mark hat sie für ihr abgeschmittenes Haar bekommen.
„Er hat mich vor die Hunde gebracht“, schluchzte sie laut auf. Bei der Erwähnung des erotischen Verhältnisses zu dem Angeklagten, wird auf wiederholten Wunsch der Zeugin die Öffentlichkeit für zehn Minuten ausgeschlossen.

Am Nachmittag erreichen die Verhandlungen ihren dramatischen Höhepunkt. Die Zeugin, die am Vormittag noch in breiter und selbstgefälliger Weise ihre Aussagen machte, befehligte sich einer hart konzentrierten, schlichten und einbrudsvollen Darstellung. Sie schildert, wie sie die Hesse kennen gelernt und in ihr der Gedanke entwandten sei, wenn diese Person, die Josephinen dauernd mit Geldforderungen belästigte, aus dessen Leben verschwinde, würde sie mit dem Geliebten ein neues Glück aufbauen. Einen Tag vor dem Mord habe sie den immer noch von ihr geliebten Josephinen aufgesucht, und ihn vollkommen niederge schlagen angetroffen. Josephinen habe gesagt: „Die Hesse, das ist keine Frau, kein Mann und kein Mensch, das ist ein Satan.“ Sie habe dann den Gedanken geäußert, die Hesse niederzuschicken. Josephinen habe das gebilligt und geäußert:

„Wenn ich keine Stellung zu verlieren hätte, würde ich die Hesse kaltblütig niedererschießen.“

Josephinen habe ihr ferner gesagt, daß ihr nichts passieren könne, weil ihr der Paragraph 51 zur Seite stehe. Sie könne bei Gericht sagen, sie habe im Affekt gehandelt. Die Kadeh verlangte bei dieser Unterredung, die im Korridor des Josephinen stattfand, Geld für einen Revolver, das sie aber an diesem Abend nicht erhielt. Am nächsten Tage traf sie Josephinen auf der Straße und teilte ihm mit, daß sie bei allen Bekannten vergeblich versucht habe, Geld für einen Revolver zu bekommen. Josephinen gab ihr dann 35 Mark. Außerdem kaufte er ihr bei einem vorübergehenden Blumenhändler einen Strauß Schneeglöckchen und sagte: „Gib das der Hesse.“ Sie erzählt ferner unter atemloser Spannung aller Hörer, wie sie den Revolver und die Patronen gekauft habe und zu der Hesse gegangen sei. Hesse ahnte, daß sie ihn umbringen will. Sie traute seiner Treue nicht. Ich hatte den Revolver unter der Haube versteckt, jeden Augenblick dachte ich, kann mich die Hesse unterwerfen. Dann ist es aus mit Josephinen. Ich war in fürchterlicher Angst, und es kostete mich schreckliche Ueberwindung, die Tat zu begehen. Als meine Angst aufs höchste gestiegen war, benutzte ich den Moment, als die Hesse am Schreibtisch stand, um die Schäfte abzugeben.

Völlig getriibt, mit Schweiß auf der Stirne, und schweigend hörte der Angeklagte die Bekundungen der Kadeh. Die Energie und das Selbstbewußtsein, die er in den letzten Tagen zur Schau getragen, sind verschwunden. Alle die Zuhörer, die gestern noch bereit waren, Steine auf die Kadeh zu werfen, standen unter dem Eindruck:

Josephinen ist der Schuldige!

Will der Staatsanwalt nun endlich den hochverdächtigsten Angeklagten in Haft nehmen?

Der Herr Amtsgerichtsrat wälzt sich im Regen

Am Schluß der Verhandlung am Donnerstag wurde noch ein liebes Bild entrollt. Ein Schupowachmeister bekundete, wie vor dem Hause Tiergartenstraße sich zwei Personen prägend im Regen wälzten.
Bei Feststellung der Personalien wurden die Hesse und Josephinen festgestellt.
Recht charakteristisch war, daß Josephinen sich wiederholt in die Kasse des Wachtmeisters begab und ihn in seiner Anstalts- zu beeinflussen versuchte.

Die Reichsversammlung in der Woche zu hören, daß die SPD für eine Umgestaltung kommen werde, wonach eine Herabsetzung der Gewerbesteuer auf 75 Prozent des Böhmes dem Willen des Reichstages widerspreche.

Frax Teusch (Zentrum) erklärt im Auftrage der Regierungsparteien, daß sie gegen den kommunistischen Antrag kommen, aber für die parlamentarische Verfassung.

Die Regierung erklärt die Beratung der Abänderung des Reichsverfassungsgesetzes.

Für die kommunistische Fraktion hält die Anklage gegen dieses Gesetz der Genosse Liebt: Das Reichsverfassungsgesetz, das im vorigen Jahre erneuert wurde, war nach allgemeiner Auffassung eine Mißgeburt. Die jetzige Novelle wird aber ein neues Element von allen Organisationen, vom Offiziersbund bis zum Internationalen Bund der Kriegsgesellen, abgelehnt. Der einheitliche Rechtsanspruch wird durch die Novelle gestört. Nach der Regierungsnovelle ist es nicht mehr möglich, daß ein Kriegsbefehlshaber, der aus Ansehensgefühl bisher verzichtet hat, nunmehr einen Antrag auf Rente stellen kann. Die Novelle richtet sich mit aller Schärfe gegen die Kriegserkämpfer. Bei 40 Mark Monatsgehalt wird ihnen die Rente gestrichen.

Niemand wird behaupten, daß in diesem Gesetz irgend etwas an Verbesserungen enthalten ist, daß überhaupt den Namen „Verbesserung“ verdient.

Die Kriegserkämpfer erhalten keine Heilbehandlung, trotzdem acht Jahre von allen Organisationen dafür gekämpft worden ist.

Genosse Liebt vergleicht dann die Renten mit den Fürstentationen und behandelt insbesondere die Frage der Unterhaltspflicht der Söhne von Kriegserkämpfern. So könnte der Kronprinz für Wilhelm, der nach dem internationalen Vertrag nach der entschädigungslosen Enteignung angeblich mit der Drehschraube durch Holland ziehen müßte, sehr wohl arbeiten. Aber bei Fürsten wird die Frage der Unterhaltspflicht nicht gestellt. Der Kronprinz braucht nicht zu arbeiten, und kann sich trotzdem leisten, sich in Locarno eine Villa zu kaufen und in Oels einen Harem einzurichten.

Als der Abgeordnete Graf den Genossen Liebt zur Ordnung ruft, erhält er vom Genossen Liebt zur Antwort: „Das ist doch eine unvorstellbar schwere Verletzung, die Sie sich da gestatten, Herr Präsident!“ Unter ungeheurem Tumult schließt der Genosse Liebt: „Dem Wilhelm, dem größtenwahnwinnigen Schwachkopf, werfen Sie die Millionen in den Rachen, für die Kriegsgesellen haben Sie nichts übrig. Aber die Kriegsteilnehmer werden Ihnen die Rechnung präsentieren und werden wollen, sich eine angemessene Lebenshaltung zu erkämpfen.“

Die Ausschussvorlage wird daraufhin nach Ablehnung aller kommunistischen Verbesserungsanträge, wobei die Sozialdemokraten gegen jede Verbesserung stimmen, mit allen Stimmen gegen die kommunistischen angenommen. Darauf wird die Sitzung auf Freitag, den 2. Juli, mittags 1 Uhr vertagt mit der Tagesordnung: Dritte Lesung der Fürstentation und dritte Lesung des Speersgesetzes.

Die Eisenbahner im Stich gelassen!

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Juli.

Der Verkehrsausschuß nahm in der Sitzung vom 30. Juni Stellung zu der Ausschaltung der Kommunisten von dem neuorganisierten Reichsbahn-Ausschuß. Ein Antrag, die kommunistische Fraktion zu den Sitzungen hinzuzuziehen, wurde von allen Parteien — einschließlich der SPD — mit der fadenstimmigen Begründung, daß der Ausschuß nicht kompetent für die Frage sei, abgelehnt. Genosse Schütz gab eine Erklärung ab, daß trotz der Ablehnung durch die Parteien die SPD die beabsichtigten Pläne der Reichsbahngesellschaft zuhanden machen wird.

Als zweiter Punkt wurde die Auflösung des Reichsbahn-Lösungsausschusses behandelt. Genosse Schütz begründete einen entsprechenden Antrag, den Reichsbahn-Ausschuß neu zu bilden. Es sei geradezu schamlos, von dem Vertreter der Deutschen Volkspartei, den Ausschuß aufzulösen zu haben. In der Sitzung wurde nur der Bericht des Reichsbahn-Gesellschaftsrates in der letzten Zeit haben sich die Fälle der Gesetzesverletzungen durch die Reichsbahngesellschaft in erheblichem Maße gehäuft, so daß es ein vollendetes Verbrechen an den über die Rechte der Reichsbahner ist, den Ausschuß aufzulösen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den Ausschuß neu zu bilden.

Massendemonstrationen gegen das Schandgesetz

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Juli.

Seit Ende Juni im Reich eine Anzahl Demonstrationen unter Führung der SPD. In der letzten Kundgebung in Leipzig auf dem Reichsgerichtsplatz war von starker Stimmung begleitet. In Stuttgart demonstrierten 5000 Arbeiter und beschloßen ein Telegramm an den Reichstag, das seine Auflösung fordert. Auch das Gewerkschaftsblatt in Wehringen sandte ein solches Telegramm ab.

100 Polizisten überfallen eine AFB-Versammlung

(Eig. Draht.) Magdeburg, 2. Juli.

Uns wird berichtet: Am Dienstagabend wurde eine Mitglieder-Versammlung der Abteilung Magdeburg des Roten Frontkämpferbundes von einem starken Polizeiaufgebot — etwa 100 Mann neben den beteiligten Kriminalbeamten — überfallen und eine Durchsuchung des Raumes getarnt.

Als Begründung wurde angegeben, daß in der Nacht vorher angeblich jemand durch rote Frontkämpfer von einer Holzbrücke in die Elbe geworfen worden sei. Der Angegriffene hätte sich später bei der Polizeiwache (1) und dort vom Lieberfall berichtet.

Die Versammlungspartei protestierte gegen die Überfallsmassnahmen der Polizei. Aber diese bestand auf der Durchführung des Raumes, weil sie vom Polizeipräsidenten angeordnet worden sei. Die Polizei versuchte auch, einen Genossen für den angeblichen Überfall haftbar zu machen. Aber der Genosse war sofort in der Lage, sein Alibi einwandfrei nachweisen zu können.

Der Stahlhelm meldet sich!

Die „Stahlhelme Zeitung“ schreibt: „Die Bundesleitung des deutschen Stahlhelms hat an die Fraktionen der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Sozialistischen Freiheitspartei und der Deutschen Reichspartei ein Schreiben gerichtet, in dem auf die Genossenschaft der verurteilten Sozialdemokraten und Kommunisten, zugleich mit der Enthaltung des Eigentumsverlustes die Grundpfeiler eines geordneten Staatswesens zu zerbrechen, hingewiesen wird. Demgegenüber ist der Reichstag, insbesondere durch eine feste Zusammenarbeit der nationalen Parteien mit dem Reich der Rettung des deutschen Volkes durch eine nationale Regierung die einzige Möglichkeit, den völligen Zusammenbruch der Reichsregierung und des Staates zu verhindern. „Der Stahlhelm ruft“, so heißt es in

Massendemonstration der Breslauer Arbeiterschaft

gegen das Schandgesetz, für Auflösung des Reichstages

Breslau, 2. Juli.

Die kommunistische Partei hatte für gestern abend die Breslauer Arbeiterschaft zu einer Demonstration gegen das Schandgesetz der Fürstentation angesetzt. Um 6 Uhr nachmittags strömten Tausende von Arbeitern nach dem Neumarkt, um ihre Bereitschaft, den Kampf weiter fortzuführen, zu bekunden.

Genosse Landtagsabgeordneter Kellermann sprach über das Schandgesetz der Mars-Regierung. Er berichtete, daß der Reichstag mit Hilfe der SPD-Fraktion die zweite Lesung des Schandgesetzes beendet hat und forderte unter höchster Zustimmung der Massen

die Auflösung dieses Reichstages der Fürstentation und die Entfernung Hindenburgs.

Nachdem ein Kongress der Werktätigen, der sofort zusammentreten

muß, kann verhindern, daß die Fürstentation und ihre Hintermänner, die gegenwärtige parlamentarische Krise zu einem Staatsstreich ausnützen, um die Arbeiterschaft vollends niederzuknüppeln. Daraufhin folgte den Ausführungen des Redners. Dann setzte sich ein gewaltiger Zug von Roten Frontkämpfern, Arbeitern und zahlreichen Reichsbannerträgern in Bewegung, der durch die Stadt bis zum Torbühler Weg marschierte. Hunderte sozialdemokratischer Arbeiter befanden sich unter den Demonstranten. Am Torbühler Platz fand die wichtige Demonstration nach einer heftigen Ansprache des Genossen Wollweber ihr Ende.

Die Polizei verhielt sich trotz großer Nervosität im allgemeinen zurückhaltender als sonst.

Die gestrige Demonstration hat wiederum gezeigt, daß es die kommunistische Partei ist, die im Kampf gegen die Fürstentation die Breslauer Arbeiterschaft führt.

dem Aufrufe, „daher im Vollbewußtsein seiner selbst übernommenen Verantwortung die erste und dringende Bitte an die Parteien, mehr als bisher die Unterjochte zurücktreten zu lassen und sich zu der Aufgabe der gemeinsamen Arbeit zur Rettung von Staat und Volk zu bekennen. Nur wenn das in einer klaren und eindringlichen Weise geschieht, wird es der vaterländischen Bewegung und dem Stahlhelm möglich sein, die Abkehr vom Parlamentarismus und die Wahlmüdigkeit und die Abneigung gegen die Parteien unter seinen Mitgliedern wirksam zu bekämpfen.“

*

Daß mit der Abkehr vom Parlamentarismus nur die Beseitigung des Reichstages und die Etablierung der faschistischen Diktatur gemeint ist, bedarf für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, keiner Erwähnung. Die Stahlhelme in allen Teilen des Reiches besonders die nördlichen Marken in Schlesien und Oberschlesien, beweisen zur Genüge, daß diese Bürgerkriegsorganisation in Alarmbereitschaft ist.

Gegen den Faschistenterror in Preußen

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Juli.

Der Landtag legte am Donnerstag die 3. Beratung des Etats fort. Nach dem Wirtschaftsparteiler Schwant, der das Angebot des Sozialdemokraten Herrath an die reaktionären Parteien freudig angriff, sprach der völkische Dr. Bremer und der Volksparteiler Dr. Pinterneil. Beide erklärten, das Mißtrauen ihrer Parteien gegenüber der Staatsregierung. Der Volksparteiler erklärte, daß der Parlamentarismus in Preußen sich mehr und mehr distreditiert und daß es daher nahe liege, wenn Diktaturpläne erörtert würden. (Aha! bei den Kommunisten.)

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Eberlein. Er erinnerte zunächst Marecki an dessen teige Rolle in den Novembertagen 1918, als er unter dem Schutz der roten Fahne, die er heute so tapfer schmählt, in Lichtenberg vor dem Horn der Volksmenge von den Arbeitern und Soldatenräten geschont wurde. Wenn solche reaktionären Elemente bei gegebener Zeit sich unter dem Schutz der roten Fahne vertreiben wollen, so wird hoffentlich das Proletariat so viel gelernt haben, daß es die Unterlassung von 1918 auch in dieser Hinsicht nicht abermals begeht. (Sehr gut, beiden Kommunisten.) Die kommunistischen Anträge zum Etat des Innenministeriums, die sich auf die Entmilitarisierung der Schutzpolizei und auf Besserstellung der Lebenslage der Polizeibeamten bezogen, sind von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden. Damit bringen diese Parteien zum Ausdruck, daß sie die Polizei weiterhin als ein Instrument

zur Niederknüppelung der arbeitenden Massen, aber nicht als ein Organ gegen Verbrechen und zum Schutz der Bevölkerung haben wollen. Der kommunistische Redner geht auf die ungeheuerlichen Maßnahmen bei der Umstellung der Kommunalpolizei auf die Staatspolizei in Suhl (Thüringen) ein. Die kleine Stadt Suhl mit 16000 Einwohnern, von denen die meisten arbeitslos sind, wird durch die Umstellung und die Erweiterung der Staatspolizei außerordentlich belastet. Während früher die kommunale Polizei schon 38000 Mark jährlich forderte, muß diese selbe Kommune für die Staatspolizei jährlich 78000 Mark hergeben. Eine Million wurde zum Bau eines neuen Polizeipräsidiums verschleudert.

Genosse Eberlein geht an Hand der letzten Kriminalverbrechen dem Versagen der Polizei nach und kommt sodann auf die Maßnahmen der preussischen Polizei und des Innenministeriums anlässlich des Volksentscheids zu sprechen. Nachdem bereits beim Volksentscheid unerhörte Terrorfälle und ähnliche Sabotageakte von Seiten der Rechtsparteien ausgeübt worden waren, wandten wir uns an das Innenministerium, was von dieser Stelle aus zum Schutz des Wahlaktes beim Volksentscheid getan werden würde. Selbstverständlich erwarteten wir von dieser Seite nichts. Aber wir wollten lediglich die Bestätigung dafür haben, daß das preussische Innenministerium gegenüber dem faschistischen Terror versagt und noch nicht einmal imstande ist, den eigenen Gesetzen und Verfassungsbestimmungen Geltung zu verschaffen. Was dann beim Volksentscheid an Terrorakten von monarchistischen Gemeindevorständen und Gutsbesitzern geleistet worden ist, reicht völlig aus, um Verfahren wegen Wahlbehinderung, Gesetzesverletzung usw. zu eröffnen. Aber nichts davon ist der Fall. Auf dem ostpreussischen Gute Langendorf konnte der Inhaber, ein Junker, drohen, jeder, der sich an der Wahl beteiligen, muß am nächsten Tage sofort die Wohnung räumen und das Gut verlassen. Weder die Polizeibehörde noch Justiz hat hier etwas unternommen. Die Seite der Deutschen Nationalen gegen den Roten Frontkämpferbund ist nur eine Ablenkung von den Verbrechen der monarchistischen Organisationen. Wenn wirklich einmal die Rechtsverbände von der Polizei untersucht worden sind, dann sind allerlei Waffen gefunden. Die Bourgeoisie, die aus der Polizei eine militärische Organisation gegen die Arbeiterklasse machen will, wird bald erfahren, daß sie eine stumpfe Waffe hat. Zu diesem Ziel werden wir alle unsere Kräfte einsetzen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Das bankrotte Polen

(Eig. Draht.) Warschau, 1. Juli.

Finanzminister Klarner hielt im Senat bei der Beratung des Budgets für das dritte Quartal seine Programmrede. Er legte dar, daß 60 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben und nur 15 Prozent in der Industrie beschäftigt seien, daß also vor allem Dingen der Entwicklung der Landwirtschaft größte Aufmerksamkeit zugewandt werden müsse. Um eine Melioration des Bodens durchzuführen zu können, arbeitet die Städtstoff-Fabrik Chorzow Pläne für den Bau einer neuen Städtstoff-Fabrik aus, da die jetzige Städtstoff-Fabrikation für die Bedürfnisse des Landes nicht mehr ausreicht. Hierzu sei zu bemerken, daß Chorzow etwa 10 Prozent des Städtstoffbedarfs bestelle, daß aber die Verteilung von Rumpfbüchern durch den Mangel an Eisenbahnverbindungen und Wagen außerordentlich erschwert werde.

Da der Geldumlauf auf den Kopf der Bevölkerung seit Anfang 1925 infolge der Entwertung des Zloty von fünf auf drei Dollar herabgegangen sei, hält der Minister eine Erhöhung des Geldumlaufs durchaus für nötig. Er will dies erreichen, indem er das Einlagekapital der Bank Polki erhöht.

Auch durch diese Pferdekur, die Landwirtschaft auf Kosten der Arbeiterschaft der Industrie zu sanieren, wird Polen nicht genesen. Die Arbeitslosigkeit in den Industrieretieren wächst von Woche zu Woche.

Vom Tage

Der Schweizer Bundesrat hat die von der ungarischen Regierung verlangte Auslieferung Jwan Jusths, der im Hölzerhumbuslast in Genf dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen tödlich angegriffen hatte, abgelehnt.

General Kiesel, der Oberkommandierende der französischen Militärflotte, hat sich mit Admiral Frocot, dem Oberkommandierenden der Marineluftflotte, an der Spitze eines Flugzeugadwaders nach London begeben.

Das Abkommen zwischen Deutschland und Belgien über Pufferleichterungen für die beiderseitigen Grenzgebiete ist heute nachmittag in der belgischen Regierung unterzeichnet worden.

Der Anklagevertreter im Spritweberprozess hat gegen das Urteil in seiner Gesamtheit bei der Strafkammer Berufung eingelegt. Die Berufung richtet sich bei Hermann Weber besonders gegen die Freisprechung wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges und bei Heinrich Weber gegen die damit zusammenhängende Freisprechung wegen Beihilfe zum Versicherungsbetrug.

Die Holzplade aus dem Saizschlager in Waldenburg sind beständig verladen und nach Hamburg transportiert. Offenbar handelt es sich um Streibrechtler, die in die früher ergriffenen Abgabengebiete geschickt sind.



Breslau

Die Arbeitslosen an den Oberbürgermeister! Ein offener Brief

Herr Oberbürgermeister!
Sie haben immer behauptet, ein warmes Herz für Ihre Mitbürger zu haben. Leider lassen Sie es aber an den Beweisen fehlen. Die arbeitslosen Bürger können nicht behaupten, daß Sie irgendwelches Entgegenkommen und Verständnis für ihre traurige Lage zeigen.

Die Arbeitslosenvertreter haben Sie wiederholt gebeten, eine Sitzung unter Ihrem Vorherrschaft zu berufen. Der Zweck dieser Sitzung sollte sein, Sie, Herr Oberbürgermeister, über die Hände in der Erwerbslosensorge zu informieren, Ihnen Beschwerden zu unterbreiten über unsoziales Vorgehen von verschiedenen Beamten. Die Lage der Arbeitslosen ist so traurig und die Ignoranz des Magistrats so groß, daß man nur die Geduld der Arbeitslosen bemerken muß, die unter den elendsten Verhältnissen weiterarbeiten. Der Magistrat beschneidet die Rechte der Arbeitslosen in immer weitergehender Weise. Jetzt werden durch kurze Verfügung die Lebensmittelguthabene entzogen, bald werden andere Schikanen folgen. Dem Arbeitslosenrat wird jede Sitzung verweigert, man sieht über ihn hinweg und betrachtet ihn nur als geduldetes Uebel. Wo bleibt Ihr soziales Empfinden, Herr Oberbürgermeister? Warum haben Sie für die Arbeitslosen keine Zeit? Betrachten Sie die Arbeitslosen auch als Menschen in weiter Klasse, wie es einige Ihrer Beamten tun? Können Sie nicht zum Empfang irgendwelcher Kommissionen, zur Eröffnung irgendeiner Veranstaltung, einmal einen Vertreter entsenden und sich selbst den Arbeitslosen widmen?

Wir erwarten, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihr Entgegenkommen den Arbeitslosen gegenüber beweisen werden. Wir erlauben Sie nochmals eine Sitzung mit dem Breslauer Arbeitslosenrat in Kürze einzuberufen.

Sollte dieser letzte Appell auch erfolglos sein, so lehnt der Arbeitslosenrat jede weitere Verantwortung ganz entschieden ab.

Hochachtungsvoll

Der Arbeitslosenrat von Breslau.

Die Zahl der Arbeitslosen wächst in Breslau von Woche zu Woche. 50 000 Männer und Frauen sind der größten Not ausgesetzt. Trosthaft mag es der Breslauer Magistrat, die berufene Vertretung der Erwerbslosen auszuschalten und über ihre Forderungen zur Tagesordnung überzugehen. Der Herr Oberbürgermeister, der bei dem Empfang aller Gäste, die nach Breslau kommen, zugegen ist — wir erinnern nur an seine Reden auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung usw. — hat offenbar keine Zeit, sich einmal gründlich mit den Verhältnissen der Breslauer Arbeitslosen zu beschäftigen, und es war höchste Zeit, daß der Breslauer Arbeitslosenrat diese Tatsache vor der gesamten Öffentlichkeit feststellte.

Soll der Offener Brief an den Oberbürgermeister Erfolg haben, dann werden die 50 000 Erwerbslosen sich geschlossen hinter den Erwerbslosenrat stellen müssen. Es muß dem Magistrat wieder einmal durch wuchtige Demonstrationen klargemacht werden, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann und die Gebuld der notleidenden Erwerbslosen erschöpft ist. Sie lassen nicht länger mit sich Schindluder treiben.

„Mutter Gottes“, Wollen und — „Neueste Nachrichten“

Manch einem dürfte es scheinen, als ob zwischen diesen drei Begriffen schwerlich ein Zusammenhang zu konstruieren wäre. Und doch ist er vorhanden und stellt sich dem darüber erlauteten Leser ungefähr folgendermaßen dar.

In Simmelstadt (schon dieser Name) behaupten zwei, sich ansehend im Vubertätalter befindliche Mädchen, während ihres Mittags-Gebetes in „einer Wolke das Brustbild der Mutter Gottes in hundert Meter Entfernung“ gesehen zu haben. Zeugen sollen vorhanden sein. Darüber, sowie über die angeblich darauf einsetzenden Massenwallfahrten berichten die sich als ober„ernstes“ Blatt fühlenden „Neuesten Nachrichten“ in großer Ausmachung in ihrem politischen (!) Teil.

Soweit man sich überhaupt ernstlich mit derartigen Zeug auseinandersetzen kann, ist ganz klar, daß es sich hier um die überhöhte Phantasie junger Mädchen handelt. Dieselbe Wirkung, die z. B. Indianerräubergerichten in manchem Knaben auslösten, haben hier die Verklärungs- und Wundergeschichten der Bibel und ähnlicher „Sage“ in den Mädchenhirnen hervorgerufen. Aber nicht das ist das Entscheidende. Solche Vorkommnisse werden sich noch manchmal ereignen. Daß es aber eine Zeitung, wie die „Neuesten“, diesen unsäglichem Unsinn ihren Lesern vorzusetzen, ist wirklich stark und sollte vor allem den Arbeiterlesern dieser Zeitung ein Anlaß sein, den schon reichlich verdienten Fußtritt jenem Blatt auszuteilen. Und das wäre dann ein „Wunder“, (so weit man darunter etwas versteht, worüber sich das Objekt des Wunders „wundern“ würde) welches sogar die tagelange „Wolke“ um das Haupt der seitigen Nachrichten-Redakteure legen würde.

Vom Baden!

Die Badeunfälle mehren sich. Es ist deshalb notwendig, auf einige Baderegeln hinzuweisen:

1. Ist man nah geschwimmt, so soll der Körper an der Luft gut abgetrocknet werden — 1 bis 1 1/2 Stunden werden wohl genügen — ehe ins Wasser gegangen wird.
2. Bei stehendem Wasser — Teiche, Staubecken usw. — muß der Fahrer oder ein guter Schwimmer feststellen, ob Untiefen oder schlammiger Boden vorhanden ist. (Gilt für Nichtschwimmer.)
3. Bei stehendem Wasser (Ober) soll sich auch ein guter Schwimmer nicht allzuweit in das offene Wasser wagen, — besonders auf die Strömung, Strubeln und Baggerlöcher achten — seine Kräfte können erlahmen und gewöhnlich kommt dann die Rettung zu spät. (Jugendlicher Latendrang, Uebermut usw.)
4. muß auf eine sehr gefährliche Unsitte aufmerksam gemacht werden, durch die schon manches Unglück geschehen ist, nämlich die: Personen gehen ins Wasser und treiben dort allerhand Allotria. Nach ihrer Rettung sollen sich die am Ufer Stehenden daran ergötzen. Es kann aber auch anders kommen, als daß die Betroffenen denken. Zum Beispiel: Einer — gewöhnlich ein guter Schwimmer — spielt den „Ertrinkenden“. Die am Ufer stehen, sehen dieses und ein Be-

Breslauer Stadtverordnetenversammlung

Die enttäuschte SPD. — Seiftenfranke Stadtverordnete — für Kirchen Geld, für Wohnungen kein

Gestern war also die letzte Sitzung der Stadtverordneten. Und nun gibt es Parteien! Schnell wurden noch einige Sachen erledigt, die der bürgerlichen Mehrheit sehr am Herzen lagen. Als erstes die selbige Fürstenstandbilderangelegenheit. Die Sozialdemokraten hatten in ihrer hohen Unschuld die Kunstdeputation angerufen, die selbstverständlich die Standbilder als „achtbare Kunst“ und am Plage fand. Darob Bestürzung bei Bandmann und Genossen und langsam dämmerte es ihnen, daß auch unsere „Kunst“ eine in ihren Konsequenzen von der Politik abhängige Sache ist. — Herr Gemüswasser-Roesling aber wird selbst seinen völkischen Fraktionsgenossen zu anormal. Denn bei einem von ihm gestellten Antrage, im Stadtverordnetenrat ein Standbild von Judas Ischariot aufzustellen, stimmten sogar die Völkischen nicht dafür. Roesling als Antragsteller (!) allerdings auch nicht! Wirklich, eine tolle Gesellschaft.

Was aber wäre das für ein Schluß gewesen, hätte der Weisse auf dem Präsidentenstuhl, S. M. „Geniegs“ Rechtsanwalt, Dr. Friedrich nicht den symbolischen Abschluß der Sitzung gefunden? Der Ordnungsruf, der oft beschriebene letzte Weg, um sich vor kommunistischer Kritik zu schützen, war auch die letzte „Amtshandlung“ des Vorsitzers. Genosse Ammon hatte nämlich die Ehrlichkeit der religiösen Genossenschaft einiger Stadtväter zu bezweifeln gewagt.

Darüber hinaus kleinere Vorlagen, Wahlen und — Dringlichkeitsanträge. „Nur“ neun an der Zahl, die sämtlich angenommen wurden. Darunter der kommunistische, Maßnahmen gegen die Giffabrik von Binhoff auf der Dfener Straße fordernd. Wir wollen sehen, was dabei herauskommen wird.

*

Nach einer Saal-Abschiedsrede des Vorstehenden und Erledigung einer Nachhinsangelegenheit berichtet Bandmann (SPD.) über seinen Antrag Nichtwiederaufstellung der Fürstenbilder. Die Kunstdeputation habe nichts gegen eine Aufstellung gehabt. Sie hat sich dabei sicher von politischen Ansichten leiten lassen, während ihm das gänzlich fern lag. Er beantragt nochmals Nichtaufstellung. Das bringt selbst den Bürgermeister Dr. Herschel aus seinem schon sprichwörtlichen Schlafe. Unter fortwährenden Verdächtigungen, munter und geistreich zu erscheinen, „berichtet“ er über die Deputations-Sitzung.

Dann erscheint der Clown unter den Stadtverordneten, der Völkische Roesling, auf der Tribüne. Seine Ausführungen gehen im Lärm und Lachen unter. Nur soviel ist zu verstehen, daß er beantragt, falls der Bandmann-Antrag angenommen wird, soll ein Standbild von Judas-Ischariot aufgestellt werden. Sein Fraktionskumpel Dr. Frisch protestiert „feierlich“ gegen den mehrmaligen Zwischenruf „Wärberbuben“. Darauf Abstimmung. Nur SPD., SPD. und die zwei „Arbeitslosen“-Stimmen für den Antrag. Alles andere, darunter natürlich auch die Reichsbanner-Demokraten und „Zenträuler“ dagegen. Der Stadtverordnetenversammlung wird also doch zum Panoptikum ausgebaut.

3000 Mark werden dem Landwirtschaftslanier bewilligt. Der Sozialdemokrat Dars nimmt zwar „Aergernis“ an dem schwarzweißen Lappen, den diese reaktionäre Gesellschaft immer heraushängt, stimmt aber wader und treu mit seinen Freunden für Bewilligung. Soffinta (Ztr.) verlangt anschließend

Dedung des Defizits der Reichsgesundheitswohne

In Höhe von 3500 Mark. Zu diesem Punkt spricht Genosse Weill. Anstelle Vorschläge zur Abheilung der Ursachen der Krankheit zu machen, hätte die Reichsgesundheitswohne die Tendenz, die Einzelpersonen (als Krankheitsursachen) als verantwortlich hinzustellen. In Breslau sind 11 200 Schulkinder unterernährt. In diesen Tagen fliegen aber Tausende weitere Arbeiter aufs Pflaster. Da noch 3500 Mark zu bewilligen, wäre Belohnung für dieses schamlose Treiben. Deshalb lehnen wir die Vorlage ab.

Alle anderen Parteien sind jedoch für Bewilligung, nachdem noch Stadtrat Landsberg sein Produkt verteidigt hatte.

Verschiedene Wahlen werden darauf vorgenommen. Bei Stimmenthaltung der kommunistischen Fraktion wird Stadtbaurat Jilmer zum zweitenmal als Magistratsmitglied mit 60 von 77 Stimmen gewählt. Als Stadtbaurat für Hochbau wird Stadtbaurat Althoff aus Frankfurt a. O. mit 42 Stimmen gewählt, während der ebenfalls vorgeschlagene Breslauer Stadtbaurat Behrend nur 27 Stimmen erhält. Nachdem der erste Wahlgang keine Mehrheit brachte, wird im zweiten der Sozialdemokrat Thiede noch zum befohlenen Stadtrat auf 12 Jahre gewählt. Worauf auch dieser Punkt erledigt ist, und nach Verabschiedung einiger unwichtiger Vorlagen die Behandlung der

Dringlichkeitsanträge

vorgenommen wird. Wenig wird über sie debattiert. Nur beim letzten wurde es noch einmal lebendig. Genosse Ammon lehnt die Dringlichkeit der Bewilligung von 22 000 Mark für die Renovation der Trinitatiskirche ab. Als dieselbe doch beschlossen wird, nimmt Genosse Ammon zu der Vorlage Stellung. Er erklärt: Anstelle wenn man schon einmal bauen will, das Geld für Wohnungsbau zu verwenden, wirft man es für Kirchenrenovation hinaus. Und das, wo doch die Kirche eine Einrichtung ist, die von einem großen Teil der Bevölkerung als Verdummungsinstitution empfunden wird. Ob die Frömmigkeit der christlichen Stadtväter ehrlich ist, wage er zu bezweifeln. (Ordnungsruf!)

Ausgerechnet der Oberbürgermeister und Lunapark-Aktionär Rajsch (SPD.) tritt gegen den Genossen Ammon auf. Er ist für sofortige Bewilligung, „denn“, sagt der große „Marxist“, „dadurch gibt es wieder Arbeit.“ (Wenn dafür Wohnungen gebaut werden, etwa nicht? Die Redaktion.)

Die anderen angenommenen Dringlichkeitsanträge betreffen Erwerbsarbeiten in den beiden Markthallen (110 000 Mark), die Herrichtung des Grundstücks Siedenbuserer Straße 83 zur Abhaltung des Frühmarkts (1 Million Mark), endliches Vorgehen gegen die Binhoff-Werke, Dfener Straße, die Bewilligung der Mittel zur Inneeinrichtung der beiden Obdachlosenbaracken (15 000 Mark), die Erwerbung von 37 Quadratmeter Straßenland am Schweidnitzer Stadtplatz (2900 Mark), sowie Umbauen im städtischen Wärmehaus IV, Friedrich-Wilhelm-Straße (1200 Mark). Außerdem werden nicht mehr 20 Pfennig wie bisher für die Straßenbahnfahrt nach Schmiedefeld erhoben, sondern der normale 15 Pf.-Tarif. Die städtischen Autobusse aber bekommen schließlich auf der Dfener Straße 71/89 einen Standort (130 000 Mark).

Der öffentlichen Sitzung schloß sich noch eine geheime an.

Unterbezirkskonferenzen

Unterbezirk Breslau. Am 4. Juli vorm. 9 Uhr in der „Wratistawia“.

Unterbezirk Langenbielan. Vormittag 9 Uhr im Büro der „Arbeiterstimme“.

Unterbezirk Freiburg. Vorm. 8 Uhr im „Grünen Baum“.

heizer springt ins Wasser, um ihn zu retten. Ist er bei dem „Ertrinkenden“ angekommen, so taucht „Er“ auf einmal wieder auf und sagt dann noch gewöhnlich dabei: „Da habe ich Dir aber einen Schabernack gespielt“ und freut sich noch darüber. Ein, zweimal geht die Sache gut. Tritt nun mal tatsächlich der Fall ein, daß jemand am Ertrinken ist, so stört sich kein Mensch daran und das Unglück ist geschehen.

Vernt alle, die Ihr es noch nicht könnt, das Schwimmen im Arbeiter-Schwimmverein! Es gibt jedenfalls eine gewisse Sicherheit gegen die Gefahren des Wassers.

Doctor-Lichtspiele. „Freies Volk.“ Der bekannte Film wird am Freitag und Sonnabend ab 6 Uhr gegeben. Der Besuch ist jedem Arbeiter zu empfehlen.

Straßenunfälle. Am 28. Juni gegen 3,40 Uhr nachm. stießen auf der Ede-Holstei-Gräbchen-Straße ein Straßenbahnwagen der Linie 10 und ein Lastkraftwagen zusammen. — Beim Abbringen von der Straßenbahn (Linie 11) auf dem Sonnenpaz Ede Sonnenstraße kam eine Näherin zu Fall und verletzte sich. — Gegen 5 Uhr nachm. wurde auf dem Waghplatz ein 6 Jahre altes Mädchen von einem Zuge der Straßenbahnlinie 4 überfahren. Das Kind kam direkt unter den Wagen zu liegen. Es wurde jedoch nur leicht verletzt. — Von dem städtischen Kraftomnibus Nr. 6 wurde gegen 5,30 Uhr nachm. auf der Herdainsstraße ein fünfjähriges Mädchen überfahren. Da das Kind direkt unter den Wagen geriet, von den Käuern aber nicht erkannt wurde, erlitt es nur leichte Hautabwühlungen. — Am 29. Juni gegen 4 Uhr nachm. kürzte auf der Frankfurter Ede Grenzstraße ein hiesiger Kaufmann mit seinem Kraftrad und verletzte sich schwer. Der Verletzte mußte in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden.

Wetterbericht

des meteorologischen Observatoriums Aretiers bei Breslau.

Die vom Ballon gefundene Störung hat, wie erwartet, nur dem Osten und Süden unseres Bezirkes starke Niederschläge gebracht. (Bad Landsberg 39, Schneeluppe 41 Liter pro Quadratmeter.) Sie hat nicht weiter nach Norden übergedrungen. Ihr Regengebiet ist im östlichen Kurze nach Mittel- und Süddeutschland weitergezogen. Hinter der Störung sind wir in den Bereich einer wärmeren, trockenen Hochdruckbildung gekommen. Die Temperaturen haben deshalb fast 20 Grad überschritten. Wir verbleiben zunächst im Bereiche dieser Luftmasse. Ausichten bis Sonnabend: Bei östlichem Winde zeitweise vorübergehend nur einzelne Gewittererschütterungen, wärmer.

Für die Rote Hilfe

Die Familie B. Arndt aus Amerika, zurzeit Ströbel, übermies zur Unterstützung der politischen Gefangenen der Roten Hilfe! 3 M. Schneider-Neulirch jandte 0,50 M. — Und Du?

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau.
- Zellengruppe Süd. Freitag, 7,30 Uhr, Zelle 1 bei Hennig Creme, Sewalstraße 30. — Zelle 2: Bohrauer Straße Mitgliederversammlungen. Mitgliedsbuch mitbringen.
 - Zellengruppe West. Freitag, 7,30 Uhr, Graf, Westendstraße 39. Versammlung.
 - Zellengruppe Nord (früher Zelle 2). Freitag 8 Uhr bei Heberich Mitgliederversammlung.
 - Zellengruppe Nordost. Freitag 7,30 Uhr bei Gebauer, Hirschstraße 67, Mitgliederversammlung.
 - Zellengr. Zentrum. Freitag 7,30 Uhr im Turmhof Versammlung.
- Dittersbach, Zellengruppe. Sonntag früh 9 Uhr Mitgliederversammlung. Treffen am Amtshaus.
- Gottesberg und Ober-Hermsdorf. Freitag 7 Uhr im Schützenhaus (H. Saal) Beipredigung, Delegiertenwahl.
- Peterswalbau. Sonnabend bei Rette Zellennitgliederversammlung.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau.
- Freitag, den 2. Juli. Probe im Minoritenhof.
 - Sonnabend, den 3. Juli, alle Funktionäre abends 7,30 Uhr im Minoritenhof.
 - Sonnabend, den 3. Juli. 8U. Punkt 6 Uhr im Büro.
- Unterbezirk Waldenburg. Freitag 7,30 Uhr in Freiburg im „Blücher“ Generalprobe zum Roten Rummel.
- Weißkette. Sonnabend 11,30 Uhr abends antreten zur Nachtwanderung an der Gemeindegasse.
- Weißkette, Jungspartakus. Sonnabend nachm. 5 Uhr Abmarsch nach Gotteseberg.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Waldenburg. Sonntag nachm. 2 Uhr Mitgliederversammlung des RFB. und RZ. im „Eisenstein“.
- Altwasser. Freitag Kameradschaftsabend im „Eisernen Kreuz“, Gäste willkommen.
- Unterbezirk Freiburg. Sonntag vorm. 11 Uhr im Berg-Restaurant in Jauer Untergautonferenzen. RFB. und RZ. ankommenden Delegierte.

Sonstige Organisationen

- Breslau.
- Steinarbeiter (Zeltion der Steinmehnen). Sonnabend Raftenag und Verammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.
 - Weißkette. Freitags. Gemeinde. Um 1,30 Uhr Abmarsch zur Sonnenwandsfeier nach Sandberg. Sammelpunkt „Gemeindegasse“.
 - Liebau. Arbeiter-Abkündigtenbund. Sonntag 10 Uhr vorm. beim Genossen W. B. Bepredigung.
 - Hirschberg. Rote Hilfe. Sonnabend 7,30 Uhr im „Unter“, Schulstraße, öffentliche Mitgliederversammlung. Sympathisierende willkommen.

Arbeiter-Sport-Kartell

„Wasser-Bühnen-Schau“, Solteihöhe!

Eintrittspreise

An der Kasse: Erwerbslose mit Ausweis und Kinder 30 Pfennig
Sonst Einheitspreis 60 Pfennig

Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 Uhr (Siehe Anschlagtaulen)

Waldenburg

Roter Rummel in Freiburg

Sonnabend, den 3. Juli, findet in Freiburg im Gasthaus „Zum Adler“ ein Roter Rummel statt, veranstaltet von der kommunistischen Jugend des Unterbezirks Waldenburg. Anfang 7 Uhr. Partei, KPD und Sympathisierende sind freundlichst dazu eingeladen.

Kommunistischer Jugendverband, Unterbezirksleitung Waldenburg.

Rechtsanwalt. Auf der Gläubiger-Friedenshoffnungstraße wurde durch das Herinbrechen einer Schlammlawe die Vermögensgegenstände umgeworfen worden, wodurch der Arbeiter Harbich neben anderen Verletzungen einen Bruch des rechten Mittelarmes erlitt. Auf der Baugrube erlitt der Bauer Jäkel schwere Verletzungen infolge einer Verfallung.

Rechtswahl. In dem Tod des Tischlers Oeder wird uns gemeldet: Der Tischler Oeder war seit Weihnachten vorigen Jahres erwerbslos und bedarf Erwerbslosenunterstützung, die für den Unterhalt seiner lebensstärkenden Familie bei weitem nicht ausreichte. Trotzdem wurde ihm, wie allen anderen Erwerbslosen, die Unterstützung auf schmächtigste beschnitten. Oeder, der einen geraden, aufrichtigen Charakter hatte, konnte es nicht länger mit seiner Ehre vereinbaren, sich als „faul“ bezeichnen zu lassen und zog es vor, auf die Erwerbslosenunterstützung zu verzichten, um sich auf andere Art und Weise den Lebensunterhalt für seine Familie zu verdienen. So kam es, daß gerade bei der Hebamme Ruttkin einige Näbelpartaturen zu verrichten hatte. Nachdem er nun am Freitagabend gegen 8 Uhr keine Arbeitszeit beenden wollte und seine Säcken für den Heimgang packte, zeigte ihm Frau Ruttkin einen Revolver. Wie und auf welche Art der Schuh losgegangen ist, bleibt der Untersuchung des Staatsanwaltes überlassen. Jedoch steht fest, daß Oeder die Waffe überhaupt nicht in seinen Händen hatte. Am Montag früh ist er unter schrecklichen Schmerzen seinen Verletzungen erlegen. Er sei seinem Anbeter. Er hat das Los eines Arbeitsmannes zur Genüge gekostet.

Briefkasten

Rechtswahl. Bitte auf allen Schreiben volle Absenderadresse angeben. — Görlitz. „Ein Weiblicher prügelt.“ Im Juli kann man umöglich über eine im Februar vorgefallene Begebenheit in der Zeitung berichten.

Görlitz

Auch eine „Arbeiter“-organisation

Uns fällt folgendes Rundschreiben in die Hand: Deutschnationaler Arbeiterbund. Görlitz, den 23. 6. 1926. Görlitz, Gartenstr. 20. Fernruf 1733.

An die Mitglieder des Deutschnationalen Arbeiterbundes

Infolge der unheimlichen Witterungsverhältnisse und der Tatsache, daß ein großer Teil unserer Mitglieder zur Abwehr des Vollsensches tätig war, fiel der Ausflug nach dem Rothstein aus. Am Sonntag, den 27. Juni, ist von Seiten der Partei ein Ausflug nach Kadmetz und von da nach dem Kohraer Berg festgelegt. Ich bitte alle Bundesmitglieder mit Familie sich diesem Ausflug anzuschließen. Treffpunkt in der Bahnhofs-Salle um 2.15 Uhr. Jeder löse sich eine Sonntagskarte für 60 Pfg. bis Rützsch. Abfahrt 2.26 Uhr. Bei gutem Wetter dürfte dieser Ausflug ohne große Anstrengung jeden mit Freude erfüllen.

Verschiedene Bundesmitglieder sind am Sonntag von Seiten der Kommunisten und Sozialdemokraten angegriffen worden, teilweise auch tätlich angegriffen. Ich bitte alle diejenigen Bundesmitglieder, die irgendwo am Sonntag belästigt worden sind, sofort die Namen anzugeben, und wenn möglich, auch die Angreifer namentlich auf der Geschäftsstelle zu nennen. Einige von diesen roten Helden haben wir schon der Staatsanwaltschaft übergeben. Wir werden nicht dulden, daß irgendwo unsere Mitglieder belästigt werden. Sollten darüber hinaus in den Betrieben irgendwelche Verletzungen vorgekommen sein, so bitten wir Euch um umgehende Meldung derselben.

Allen Mitgliedern des Deutschnationalen Arbeiterbundes, die am Sonntag irgendwo an der Wahlarbeit beteiligt waren, sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Wir hoffen, daß immer mehr aktive Mitarbeiter aus den Reihen des Deutschnationalen Arbeiterbundes hervorgehen werden.

Mit deutschem Gruß

gez. Thomas, Vors. gez. Mehlhose, Geschäftsführer.

Dieses Rundschreiben ist eine ungeheuerliche Provokation aller Beteiligten, die am 23. Juni mit „Ja“ für Fürstentümmerung stimmten. Nicht genug, daß sich diese Organisation erdreiste, den Namen „Arbeiter“-Bund zu führen, obwohl ihr kein denkbarer Arbeiter angehört und ihre arbeiterfeindliche Haltung die Wiedereinführung der Monarchie zum Ziele hat. Die Mehlhose und Thomas bedürfen obendrein die Freiheit, den Wahlterror, der von ihren Mitgliedern auf Anordnung geübt wurde, zu verweigern, und dafür sogar von „tätlichen Angriffen“ seitens der KPD und Reichsbannerkomitees zu reden. Jeder Arbeiter weiß, daß gerade das Gegenteil der Fall war. Die beste Abwehr gegen das frische Gerede der Schwarz-Weiß-Ketten ist der Zusammenhalt aller Beteiligten unter der roten Fahne.

Der Wahlterror und seine Folgen

(Von unserem Landarbeiterkorrespondenten.)

Auf dem Lande übten die Rechtsparteien bei den Wahlen den härtesten Terror aus. Jeder Landarbeiter, welcher zur Wahl bereit war, wurde entlassen, so kostete ihre Parole. In Brödelwitz, Kr. Steina, sind trotz Verbotes zwei Landarbeiter wählen gegangen. Am Sonntag bekamen sie die Kündigung zugesellt, angeblich wegen Arbeitsverweigerung, da sie Sonntag, weil sie Besuch hatten, nicht ins Feld mitgehen konnten. Wie die Ausbeutung auf dem Dominium betrieben wird, geht aus den horrenden Löhnen hervor, welche die Kollegen dort bekommen. Die Grassmüher erhalten bei täglich 13 Stunden Arbeitszeit 10 Mark Wochenlohn.

Achtung! Ortsgruppen des D. S. Görlitz

Der „Rote Tag“, welcher am 3. und 4. Juni in Kaulba stattfanden sollte, fällt aus. Alle Kameraden des NSDAP, die sich an „Roter Tag“ in Dresden, Kahrers wird durch die Gruppenleiter beurlaubt.

Die Unterbezirkskonferenz des D. S. Görlitz findet am Sonntag, den 11. Juli, vorm. 9 Uhr im Hotel „Luisenpark“, Markt, alle Zellen und Ortsgruppen müssen pünktlich zur Stelle sein. Unterbezirksleitung.

Hirschberg, Gartenstr. der J. S. Dies findet am Sonntag, den 4. Juli, im Gasthof „zum Bräunen Hirsch“ in Grassau 9.10, statt, wo alle Beteiligten und Freunde eingeladen sind. Abm. 1.30 Uhr ab Unterbezirksleitung mit Rosa von Grassau.

Stürmische Stadtverordnetenversammlung in Waldenburg

Die Sozialdemokraten lassen die Erwerbslosen im Stich — Der kommunistische Antrag wird einstimmig angenommen — Ausnahme 1 000 000 Mark Anleihe zu Schul- und Wohnungsbauten

Schon die Eröffnung der letzten Stadtverordnetenversammlung zeigte, daß sie keinen ruhigen Verlauf nehmen sollte. Würde doch in dieser Sitzung die Einführung des zweiten Bürgermeisters vorgenommen. Aus Anlaß dieser Einführung blieben die Sozialdemokraten der Sitzung fern und geseien sich dabei in persönlicher Obstruktion. Die kommunistische Fraktion, welche von dem Vorhaben der Sozialdemokraten unterrichtet war, besprach mit dem Erwerbslosenrat die Sachlage und wies darauf hin, daß durch das Fernbleiben bei der Sitzung die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeigeführt werden könnte, und dadurch die Erwerbslosen leer ausgehen würden. Der Erwerbslosenrat besaß die Dringlichkeit der Forderungen. Die kommunistische Fraktion hatte darum recht gehandelt, indem sie an der Sitzung teilnahm, denn durch ihr Fernbleiben wäre die Sitzung beschlußunfähig gewesen, da bürgerliche Stadtverordnete fehlten. Sie hat also, statt persönliche Obstruktion zu treiben, praktische Arbeit geleistet.

Durch den Oberbürgermeister wurde die Einführung des zweiten Bürgermeisters Behrens vorgenommen. Nach der Rede des Oberbürgermeisters sprach der Vertreter der Industrie, Schmalenbach. Bürgermeister Behrens erwiderte, daß er keine ganze Kraft dem „Wohle der Allgemeinheit“ widmen wolle. Nach diesen schwungvollen und vielversprechenden Reden wurde der Bergmann Max Falckenhain (KPD) anstelle des Stadtverordneten Kintzler, welcher in den Magistrat eintritt und daher sein Mandat niederlegt, als Stadtverordneter verpflichtet. Nach einigen unwesentlichen Beratungen erfolgte die

Beratung des kommunistischen Dringlichkeitsantrages

auf Bewilligung von 15 000 Mark zur Gewährung von Mietsbeihilfen. Stadtverordneter Reichel (KPD) weist zur Begründung auf die neuen Mietssteigerungen hin. Es ist den Unterstützungsempfängern, wie Erwerbslosen, Ausgesteuerten, Sozial- und Kleinrentnern usw. nicht möglich, diese erhöhten Mieten zu bezahlen. Ein Abflauen der Wirtschaftskrise ist nicht zu bemerken. Der Oberbürgermeister wendet sich gegen die Annahme des Antrages und vertritt die Erwerbslosen auf die Hilfe des Reiches. Ebenso die Bürgerlichen. Es kommt zu erregten Debatten zwischen Kommunisten und Bürgerlichen. Die Zuhörer auf der Tribüne und im Korridor

schlagen Alarm. Die Tür zur Stadtverordnetenversammlung wird eingeschloßen. Der Vertreter der Industrie, Herr Schmalenbach droht von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und die Zuhörer gewalttätig zu entfernen. Gegen den Willen der kommunistischen Fraktion läßt der Stadtverordnetenvorsteher die Tür des Sitzungssaales schließen. Nach weiteren stürmischen Debatten, bei denen Stadts. Franz (KPD) pythäische Fragen an den Magistrat stellt: Wohin wem ist die Einstellung der Sonderbewilligungen verlangt worden? Was hat das Kreiswohlfahrtsamt in dieser Sache unternommen? Darauf wird der kommunistische Antrag einstimmig angenommen.

Die Vorlage betreffend Festlegung einer Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 2400 Mark jährlich für den Oberbürgermeister wird vom Magistrat zurückgezogen, nachdem sich die Bürgerlichen für Vertagung, die kommunistische Fraktion für Streckung dieser Summe und sofortige Beratung ausgesprochen hatten. Die sozialdemokratische Fraktion gab eine gemundene Erklärung ab, aus der man hören konnte, daß im Prinzip die Sozialdemokraten nicht dagegen seien, aber im gegenwärtigen Stadium der Massennot es für sie nicht tragbar sei, der Vorlage zuzustimmen. Die freierwerbende Stadtratsstelle soll durch den Stadtratsrat Thun, Gotha, besetzt werden. Er soll nach Gruppe 11 besetzt werden und als Magistratsrat fungieren. Die Neufestlegung des Ruhegehalts und Besoldungsdiensalters für den zweiten Bürgermeister wurde bei Stimmhaltung der Kommunisten angenommen. Dem ältesten Beamten der Stadt, dem Stadtratsrat Pfeiffer wurde eine besondere Zulage bewilligt. Die Stadtratsstelle soll neu besetzt und dieser nach Gruppe 11 besetzt werden. Zur Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark zur Vornahme von Schul- und Wohnungsbauten, sowie Straßenbauten wurde die Genehmigung erteilt. Neben unwesentlichen Punkten wird die Wahl von Mitgliedern für den Stadtverband für Selbstbesichtigungen vorgenommen und hierzu die Herren Lindner, Hoffmann, Altendorfer und Jahn von den Arbeiterparteiern neben vier bürgerlichen Vertretern gewählt. Vom 15. bis 22. August findet eine Sportwoche statt, bei der die Sportvereine des Stadtverbandes ihr Können zeigen werden. Die Ausgaben sind 6100 Mark, während man mit einer Einnahme von 9220 Mark rechnet.

Stadtverordnetenversammlung in Schweidnik

Die Bürgerlichen lehnen die Anträge der Erwerbslosen ab — Her mit der schließlichen Erwerbslosen- und Betriebsrätekonferenz!

Eine neue erregte Stadtverordnetenversammlung fand hier wieder statt. Wenn es auch zunächst etwas harmlos zuging, so steigerte sich aber die Erregung nicht nur der Stadtverordneten, sondern auch der Tribünenbesucher. Die Tagesordnung umfaßte 16 Punkte. Als unerserterter der Genosse Helfer als Armendeputierter vorgeschlagen wurde, stimmten die gesamten Bürgerlichen dagegen, weil sie wußten, daß wir die Aufgaben der Armendeputierten anders ansehen als sie. Bei der Wahl von drei Vertrauensmännern des Ausschusses für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, forderte Genosse Hirsch von den Vorgesetzten dahin zu wirken, daß mehr Arbeiter in Vorzug kämen. Zu hundertigen Zehnen kam es, als der Antrag des ADGB, Ortsauschub Schweidnik, und des Erwerbslosenrates auf Beihilfen zur Beratung stand. Die Anträge hatten folgenden Wortlaut:

1. Ausgesteuerte Erwerbslose, welche bereits Antrag auf Verlängerung der Unterstüfung gestellt haben, sind an erster Stelle mit Arbeitsarbeiten zu beschäftigen. Kostlose Lieferung von Bekleidung und Schuhwerk an besonders Bedürftige.
2. Durch öffentliche Bekanntmachung sind die Hausbesitzer anzuweisen, für erwerbslose Mieter auf Befreiung von den Hauszinssteuer zu stellen. Begründung: Die meisten Hausbesitzer kommen den Mietern in keiner Weise entgegen, vielfach mag Unkenntnis die Ursache sein, folglich ist eine öffentliche Bekanntmachung dringend erforderlich.
3. Dem Wohlfahrtsamt sind Mittel zu überweisen zur Zahlung von Arbeitslohn für Erwerbslose, monatlich 5 Mark, um der vielfach einseitigen Wirtschaften zu wehren.
4. Angehörige Weiterbeschäftigung von verbilligten Lebensmitteln und Koffen.
5. Arbeitsarbeiten in größerem Umfang auszuführen, weil im Verhältnis zur Zahl der Erwerbslosen die Zahl der Beschäftigten eine sehr geringe ist.

Genosse Hirsch begründete jeden einzelnen Antrag (nicht Kahrer, wie die „Sergewaltanten“ schreiben, man will sich wieder mit fremden Federn schmücken!) Trostlos die Ausführungen des Genossen Hirsch selbst auf die bürgerlichen Vertreter nicht ohne Eindruck blieben, als er das Gleich der Klasse schilderte, kam man doch den Wünschen der Erwerbslosen nicht nach, außer einigen kleinen Zugeständnissen, denn der Oberbürgermeister hatte wieder mal kein Geld und muß sich „nach den Verfügungen der Regierung richten“, wie er so schön sagte. Gestellte Mittel darüber überhaupt nicht bewilligt werden. Auf Grund dessen wurden auch die 5 Mark Mietszuschuß abgelehnt. Genosse Hirsch beantragte sofort, für diese fünf Mark Lebensmittel zu geben. Da auch dieser Antrag abgelehnt wurde, warf Genosse Hirsch den Bürgerlichen in kurzen Worten ihr Verhalten bei der Fürstentümmerung vor.

Auf der einen Seite Milliarden für die Fürsten, auf der anderen Seite keine Pfennig für die wirklich Notleidenden!

Die Bürgerlichen wagen nicht zu zügig triumphieren, wir werden den Kampf für die Fürstentümmerung weiter führen mit allen uns zu Gebote stehenden Kampfmitteln. Trotzdem Genosse Hirsch während seiner Ausführungen des öfteren zur Ordnung von Seiten des deutschnationalen Stadtverordnetenvorstehers gerufen wurde, ließ er sich nicht ähzen, den Fürstentümmerern unter Beifall der Tribünenbesucher die Wahrheit zu sagen. (Die Tribünen wollte man wieder mehrmals räumen lassen.) Keiner der Fürstentümmer nahm aber das Wort zu irgendeiner

Erwiderung, selbst dem deutschnationalen Reichstagsabg. Schäffer schienen die Spude weggeblieben zu sein. Nun wurde der Antrag gestellt, die verbilligten Kartoffeln und Kohlen auch den ledigen Erwerbslosen zu geben. Auch dieses wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, den ledigen Erwerbslosen nur für einen Monat die Kartoffeln und Kohlen zu geben, wäre der Ablehnung verfallen, wenn Genosse Hirsch nicht namentliche Abstimmung verlangt hätte und erklärt, wenn Geschäftsleiter, der gegen diesen Antrag stimmt, in den Erwerbslosen- und Gewerkschaftsversammlung namhaft zu machen, damit die Mitglieder bei derartigen Geschäftsleuten nicht mehr für einen Pfennig kaufen sollten. Auch Genosse Helfer schilderte selbst als Familienvater, wie schwer es ist, erwerbslose Söhne und Töchter durchzuhalten. Die Drohung des Genossen Hirsch schien zum Teil gewirkt zu haben. Dieser Antrag wurde mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen.

Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es, als man mit uns von Seiten des Magistrats Theater spielen wollte. Man gab uns nämlich einen Bericht über die Unterhaltungen des Oberförsters Rudolf und des Sekretärs der Kriegshinterbliebenenfürsorge Ambrosius. Ersterer soll fast 18 000 M. unterschlagen haben, letzterer 2000 M. Dieses sollte ohne Ausprache entgegengenommen werden. Hier fehlte von unserer Seite eine scharfe Kritik ein. Bei der Abstimmung stand die Linke allein. In der darauffolgenden geheimen Sitzung erklärte der Stadtverordnete Schuber, er würde über die geheime Sitzung nicht schweigen. Aus diesem Grunde wurde auch hier die Ausprache nicht zugelassen.

Die Erwerbslosen mügen aus dieser Stadtverordnetenversammlung wieder einmal ersehen, daß auf parlamentarischen Wege für sie nichts zu holen ist, sondern es muß ein entschlossener Kampf mit allen außerparlamentarischen Mitteln geführt werden.

*

Unter Berichterstatter spricht es aus: Auf parlamentarischen Wege ist für die Erwerbslosen nichts zu erreichen. Die Vorbereitung der außerparlamentarischen Aktion ist notwendig. Am 30. Mai rief der Ortsauschub Landeshut eine Erwerbslosenräte-Konferenz zusammen, in der einstimmig beschlossen wurde, den Bezirksauschub Schleisien des ADGB. auszufordern, eine

Erwerbslosen- und Betriebsrätekonferenz für Schleisien

einuberufen, um in den Kampf der Erwerbslosen für höhere Unterstüfung zu verbinden mit dem Kampf um mehr Lohn der noch im Betrieb stehenden. Am 11. Juni richteten die Erwerbslosen von Gottesberg an den Bezirksauschub des ADGB. dieselbe Forderung. Jetzt ist es der Ortsauschub Schweidnik, der sich der Erwerbslosen annimmt, ihre Anträge im Stadtparlament unterstützt und zu der Erkenntnis kommt, daß auf diesem Weg nichts zu erreichen ist. Auch der Schweidniker Ortsauschub muß sich jetzt an den Bezirksauschub mit der Forderung auf Einberufung einer schließlichen Erwerbslosen- und Betriebsrätekonferenz wenden. Er darf dabei nicht allein bleiben: In jeder Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenversammlung muß der Ruf nach dem gemeinsamen Kampf der Erwerbslosen und Erwerbstätigen ertönen und der Bezirksauschub des ADGB. zur Einberufung der schließlichen Erwerbslosen- und Betriebsrätekonferenz aufgefordert werden. Auf dieser Konferenz werden dann Beschlüsse gefaßt, mit welchen Mitteln die Offensive der schließlichen Ausbeuter zum Stillstand gebracht werden kann.

„Das neue Russland“, die bekannte Monatschrift für Kultur- und Wirtschaftsfragen läßt jedoch ihr Doppelheft 5/6 erscheinen. Der Inhalt enthält mit 25 Abbildungen u. a. Aufsätze von dem Maler Heinrich Vogeler, dem Architekten Bruno Taut, dem Leipziger Professor Dr. Trautmann, die ihre Einbrüche auf den verschiedensten Gebieten Sowjetrusslands schildern. Der Direktor des diplomatischen Archivs in Berlin, Harry Richter, charakterisiert die deutsch-russischen Beziehungen. Einige Artikel sind dem russischen Dorf gewidmet. Die russischen Professoren Spatzow und Kamjan skizzieren technisch-wissenschaft-

liche Darstellungen bei: Oberregierungsrat Dr. Koesle stellt die demographischen Verhältnisse der Ukraine da. Felix Halle unterzieht den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag einer völkerrechtlichen Würdigung. Artikel und Bilder von „Panzerkreuzer Botemlin“, vom Jubiläum des Menckhold-Theaters, Literaturübersicht und Neues über und aus Rußland beschließen das wertvolle Heft, das von dem Herausgeber Erich Baron, Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in Deutschland, Berlin-Pantow, Kavalierstraße 10, gegen Einsendung von 1 Mark zu beziehen ist.

Aus Betrieb und Werkstatt

Die Augen nach dem Lande

Den Ruf „Bauern- und Arbeiter-Regierung“ hat der größte Teil unserer Genossen noch lange nicht begriffen. So notwendig es ist, gewaltigen Einfluss in den Großbetrieben zu erlangen, um sich dort fest zu verankern, eine ebenso große Notwendigkeit ist es aber auch, das Augenmerk aufs Land zu verlegen, um unter den noch sehr rückständigen Kleinbauern und Landarbeitern für unsere Idee zu wirken und den Landflaven plausibel zu machen, daß es auch in Deutschland möglich ist, eine Bauern- und Arbeiterregierung, ein System, wie es unsere russischen Brüder haben, zu errichten. Auch nach der Kampagne des Volksentscheids müssen alle Genossen bestrebt sein, unermüdet auf dem Lande zu wirken und die Kleinbauern über die wichtigsten innen- und außenpolitischen Tagesfragen auf dem Laufenden halten. Wie notwendig dies ist, soll an einem Beispiel illustriert werden:

Der Domänenbesitzer und Major Märs, Kleinwäldersdorf bei Volkshain versteht es in ausgezeichnete Weise, seine Arbeiter zu pressen. Die Abgaben der Erwerbslosenfürsorge waren ihm längst ein lastender Stein auf dem Magen. Schon einmal hatte er versucht, die Landarbeiter dazu zu bewegen, durch Unterschrift sich von dem Zahlen der Erwerbslosenfürsorge, zu denen auch der Major zwei Drittel dazu zahlen muß, zu befreien. Als die Arbeiter hierauf nicht eingingen, schrieb der Herr selbst auf den Schein die Namen der Arbeiter. Dieses wurde von der Krankenkasse zurückgewiesen. Jetzt verfuhr es der Herr noch einmal. Bei einigen kam er an, bei den anderen wurde er abgewiesen. Man sehe sich nun einmal den Lohnbeutel eines solchen Landarbeiters, der nicht unterschrieb, an:

Lohnzahlung vom 8. bis 14. Mai 1926:

Lohn des Mannes	
Fünf Tage	5,20 M.
Handwerzuzug	0,16 „
	5,36 M.
Krankenkasse, Erwerbslosenfürsorge	2,03 „
Lohnreduzierung	1,08 „
	Barlohn 2,25 M.
Lohn der Frau	
Vier Tage	5,20 M.
Handwerzuzug	0,10 „
	5,30 M.
Abzüge	0,45 „
	Barlohn 4,85 M.

Der gesamte Wochenverdienst des Ehepaars beträgt somit 7,10 Mark.

Mit 7,10 M. muß eine ganze Familie auskommen. 10 Stunden haben sie pro Tag dafür geschuftet.

Der Landarbeiterverband hat die Landarbeiter schmächtig im Stich gelassen, das Vertrauen zum D.L.B. haben die Landarbeiter völlig verloren. Unsere Aufgabe ist es darum, hinauszugehen auf das Land, die Landflaven wieder für den Verband zu gewinnen. Ihnen klar zu machen, daß sie den Verband zu dem gestalten müssen, was er sein soll: eine Klassenkampforganisation.

Über auch unter den Kleinbauern, vor allem unter den Pächtern gibt es noch Fälle, wo die noch Rückständigen über die wahre Begebenheit aufgeklärt werden müssen. Die Krautjunker, die dem Kleinen 30 bis 40 Morgen verpachten, pressen die Pächter in der übelsten Weise. Krautjunker und Schädlbarone spekulieren stets mit der Dummheit der Masse. Eine gewaltige Aufklärungsarbeit und Agitation unsererseits wird und muß ihre Schätze und Trübe zunichte machen.

Die Notwendigkeit, breite Arbeitermassen zur Beteiligung am Kampfe für die Diktatur des Proletariats zu veranlassen, verleiht der Arbeit unter der Landbevölkerung eine ganz außerordentliche Bedeutung. Es muß zwischen Industrie- und Landproletariat unbedingt die Solidarität geschaffen werden. Heran an die Massen! Diese Lösung der kommunistischen Partei, die niemals aufhören wird, aktuell zu sein, muß besonders in Bezug auf die Landarbeiter und Kleinbauern unterstrichen werden.

R. Hiller, Volkshain.

Das Landvolk erwacht

(Von unserem Landarbeiter-Korrespondenten.)

Am Dienstag, dem 15. d. Mts., wurde in Weißig von der „Völkischen Rotgenossenschaft“ eine Versammlung aller „deutschen Männer und Frauen“ einberufen. Ein „unparteilicher“ Redner aus Görlitz (er wußte nicht, ob er kalt oder warm war), wettete in einem dreistündigen Vortrag gegen die Fürsten-enteignung. Dieser Vortrag war ein Glanzstück von Schwundel und Verdrehungsfant. In der Diskussion sprach zunächst unser Genosse Függen. In markigen Worten führte er der Versammlung die Blut- und Hungerjahre von 1914 bis heute vor Augen, zeigte ihnen dann mit unzweideutiger Klarheit die große Gefahr einer Rechtsdiktatur, zu deren Errichtung die Frage der Fürstenenteignung der Anfang ist. Der spontane Beifall am Schluß seiner Rede war Beweis, daß auch die Landbevölkerung erwacht ist und den festen Willen hat, sich der Einheitsfront einzureihen und gemeinsam mit uns unter roten Fahnen zu kämpfen gegen Fürstengeschlecht und Ausbeutertum! Dann sprach Genosse Müller. Auch er richtete — häufig von starkem Beifall unterbrochen — einen feurigen Appell an die Versammlung zur Errichtung der roten Klassenfront. Anstatt, wie beabsichtigt, durch Abhingung des Deutschlandliedes, endete die Versammlung mit einer eindrucksvollen Rundgebung für die RPD.

Für Donnerstag hatte Genosse Müller eine Versammlung nach Rammelsdorf einberufen, die ziemlich gut besucht war. Es sprach der Genosse Függen. Am folgenden Abend sprach Genosse Függen in einer Versammlung in Gühren. Diese Versammlung war in jeder Hinsicht bemerkenswert. Gerade diese kleinen schlesischen Dörfer sind Hauptstützpunkte des „Stahlhelms“. Das zeigte sich besonders scharf in dieser Versammlung. Schon vor Beginn der Versammlung wurden unsere Genossen von der zahlreich erschienenen Reaktion angepöbelt. Obgleich Gen. Müller als Versammlungsleiter gebeten hatte, Zwischenrufe zu unterlassen, brach gleich zu Beginn des Referats ein wüster Lärm los. Dieser steigerte sich von Minute zu Minute, so daß Genosse Függen häufig seinen Vortrag unterbrechen mußte. Rufe wie „Schlagt ihn tot“ und dergl. wurden laut.

Rufen leitens des Versammlungsleiters kuckelten nicht. Es war ganz offensichtlich, daß der Stahlhelm nur zu dem Zwecke erschienen war, die Versammlung zu sprengen. Besonders hervorragend betätigten sich folgende deutschnationale Stahlhelmer: Gemeindevorsteher Kerbe von Thiemendorf, Gutsbesitzer Felsche von Gührau und andere Gutsbesitzer, deren Namen wir nicht feststellen konnten. Ich bemerkte ausdrücklich, daß diese fünf Kadaverhelden schon betrunken waren, als sie vor dem Versammlungslokal aus ihrem Auto stiegen. Also müssen sich diese berufenen Vertreter des Rechtsblodes erst Mut antrinken, wenn sie in einer Versammlung gegen zwei Kommunisten, die sich in die Höhle des Löwen gewagt haben, zur Diskussion antreten. Über allen Störungsversuchen zum Troß beendete Genosse Függen mit wichtigen, zündenden Worten seinen Vortrag.

Zur Diskussion meldete sich als erster Herr Felsche — einer der Kadaverhelden. Seine ganze Gegenrede bestand darin, daß er einem anwesenden Arbeiter seine Gefängnisstrafe vorwarf. Dabei vergah dieser laubere Herr wohl, daß er selbst — der Herr Gutsbesitzer — sich bereits wegen Betrug zu verantworten hatte!!! Als zweiter disutierte der Landbundssekretär Heidemann. Auch er wußte die klaren sachlichen Ausführungen unseres Genossen nicht zu widerlegen und erlitt ein klägliches Fiasko. Als letzter sprach Rechtsanwalt Sabel, Steinau. Nach einigen nichtsagenden Worten forderte er die Versammelten auf, mit ihm geschlossen den Saal zu verlassen. Sofort erhoben sich 5 oder 6 beloffene Gutsbesitzer, um mit dem Herrn Rechtsanwalt zur Türe zu schwärmen. Hier besannen sie sich eines Besseren,kehrten um und gingen von neuem an zu gröhlen, um Genossen Függen am Schlußwort zu hindern. Aber unsere Genossen ließen sich nicht provozieren. Mit Ruhe und Ordnung wurde die überaus stark besuchte Versammlung zu Ende geführt.

Arbeiter: So sehen sie aus, die Herren von Rechts, die euch herrlichen, glorieichen Zeiten entgegenführen wollen.

Sonnabend sprach Genosse Függen in Sittich. Auch hier war der Stahlhelm sehr stark vertreten. Hier sprach als einziger Diskussionsredner der Gegenpartei der schleunigst herbeigeholte örtliche Gewerkschaftler Grünert. Er wurde allzusehr abgeführt von Genossen Müller, der mit seinen verständlichen Darlegungen großen Eindruck auf die anwesenden Arbeiter und Kleinbauern machte. Auch hier versuchte man, die Versammlung zu sprengen — allerdings ohne Erfolg.

Der Landarbeiter und Kleinbauer erkennt klar, daß die einzige Rettung vor vollständigem Untergang die rote Klassenfront ist.

Vorwärts auf dem Lande

Unser Volkshainer Arbeiterkorrespondent schreibt: Am 9. d. Mts. begaben sich eine Abteilung roter Frontkämpfer und Kommunisten nach dem Bauerndörfchen Lauckebach, um gegen den habgierigen Raubzug der Fürsten Propaganda zu machen. Im Dorfe wurde eine Versammlung veranstaltet, in der der Genosse Hiller als Referent sprach. Der große Beifall und die zustimmenden Zwischenrufe bewiesen, daß unser Genosse von den anwesenden Kleinbauern und Arbeitern verstanden wurde. Eine Anzahl Broschüren wurde verkauft und Vertrauensleute gewonnen. Am Sonnabend, den 12. Juni, begaben sich die roten Frontkämpfer und die Kommunisten nach dem Dörfchen Gräben, in dem durch Flugblätter und Plakate eine kommunistische Versammlung angefündigt war. Auch hier sprach der Gen. Hiller. Insbesondere unterstrich er die Notwendigkeit der Einheitsfront der Industrie- und Landbevölkerung. Im Schlußwort beantwortete Hiller eine Anfrage, wer die politischen Arbeiterparteien gespalten habe, und warum sie sich nicht vereinigten. Das Ergebnis des Broschürenverkaufs und der Tellererhebung war ein gutes. Nach Schluß der Versammlung trug die Genossin K. ein Gedicht vor, dem die Versammelten großen Beifall zollten. Am Sonntag, dem 13. Juni, veranstaltete der Rechtsblod in Hohenhelmsdorf eine Versammlung. Natürlich waren auch unsere RFB-Kameraden dort anwesend. Ueber die Ausführungen des bürgerlichen Referenten schüttelten selbst die Kleinbauern die Köpfe. In der Diskussion sprach als einziger unser Genosse Hiller. Unter brausem Beifall und dem Gesang der „Internationale“ löste er seine Ausführungen. In seinem Schlußwort mußte der bürgerliche Referent die von Hiller angeführten Argumente zugeben und in knapp zehn Minuten unter dem Hohn- und Gelächter der Kleinbauern und Arbeiter sein Schlußwort beenden. Mit dem Gesang „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ wurde die Versammlung geschlossen. Es war für die Kleinbauern eine große Freude, daß der bürgerliche Referent von unserem Genossen die richtige Antwort erhielt. Das Dorf beginnt zu erwachen!

Stahlhelmbanden

Vor einiger Zeit erschien der Vorkämmerer Baier (Stahlhelmer) vom Gute Blöck, Kreis Demmin, in Breslau, um Schnitter anzuwerben. Er machte dabei den Leuten dort die größten Versprechungen. Bei dem Eintreffen auf dem Gute erwies es sich jedoch, daß die Arbeiter einem Schwundler vom Stahlhelm in die Hände gefallen waren. Mehr kann man ja auch von einem „ehrenwerten“ Stahlhelmer nicht verlangen. Keine der Versprechungen wurde gehalten. Dafür wurden sofort sämtliche Arbeiter aufgefördert, in den Stahlhelm einzutreten. Wenn sie das nicht tun wollten, würden sie schlecht angesehen sein. Die Hälfte der Arbeiter ließ sich dennoch nicht aufreizen.

An den Arbeitern ließ der laubere Stahlhelmscheld seine Brutalität aus. Am 8. Mai 1926 kam er um die Mitternachtsstunde in vollständig betrunkenem Zustande zu den Wohnungen der Arbeiter, schlug an die Tür und brüllte: „Aufmachen! Sonst fresse ich euch ohne Salz! Ich schlage euch tot!“ Dann ging er zu den Mädchenstuben und versuchte dort einzudringen, um die Arbeiterinnen zu mißbrauchen. Hierauf begaben sich die Männer und Frauen nach Jarman zum Landjäger und baten den um Schutz.

Als sie am Sonntag dann von Jarman zurückkamen, bedrohte der Vorkämmerer die Arbeiter mit Totschlag. Wollten sie der Bestie nicht zum Opfer fallen, so mußten sie flüchten. In der Nacht zum Montag begaben sich die Arbeiter nach

Jarman und wandten sich an die Ortspolizei, die sie in einer Herberge unterbrachte. Wegen den plethorischen Vorkämmerer ging die Polizei dennoch nicht vor. Von Jarman verließen die Arbeiter am anderen Tage dann nach Demmin mit dem Zuge zu fahren. Auf dem Bahnhof in Jarman erschienen jedoch plötzlich der Inspektionsrat Giese aus Blöck mit dem Oberinspektor, um die Sachen zu beschlagnahmen. Die Arbeiter widerlegten sich. Da begannen diese Bundesbrüder des polnischen Vorkämmerers auf Arbeiter und Arbeitermädchen einzuschlagen. Ein Mädchen mußte sich sofort darauf in ärztliche Behandlung begeben. Unter anderem wurden bei diesem Überfall auf die Schnitter von dem Vorkämmerer die Worte gebraucht: „Ihr deutschen Säue! Deutsche Schweinehunde!“ Alle elf Arbeiter und Arbeiterinnen sind deutsche Wanderarbeiter aus Breslau. Politische und deutsche Unternehmerfreunde zeigten sich somit hier in holdher Eintracht als Bestien gegen die Arbeiterkraft.

Polnische und deutsche Landarbeiter! Aus diesen Vorfällen gilt es zu lernen. Laßt euch nicht gegeneinander aufheben. Das Unternehmerrgengelindel steht gegen euch zusammen. Landjäger und Schupo wird auf euch gehebt, wenn ihr der Verflavung durch Flucht entgehen wollt. Stellt euch zur Wehr! Steht einig zusammen! Verlangt vom Deutschen Landarbeiterverband, daß er sich endlich um die Organisierung und Aufklärung der polnischen Arbeiter bekümmert. Schließt euch den Kommunisten an, um in Deutschland und Polen die Arbeiterkinder zum Teufel zu jagen und die Herrschaft der Arbeiter und Kleinbauern zu errichten.

Die Mord-Nationalisierung auf Kosten der Arbeiter

Unfälle im nieder- und ober-schlesischen Bergbau

Das Grubenlichterheitsamt veröffentlicht das Material über die Unfälle im preußischen Bergbau im Jahre 1925 und im ersten Vierteljahr 1926. Nach diesen Veröffentlichungen waren in Oberschlesien im Jahre 1925 insgesamt 11 324 Unfälle, davon waren

85 tödlich verlaufen.

Im Bezirk Niederschlesien waren es 6293 Unfälle, darunter

64 tödliche Unfälle.

Im ersten Vierteljahr 1926 passierten in Oberschlesien

3755 Unfälle, darunter 37 tödlich.

In Niederschlesien waren es

104 Unfälle, davon 18 mit tödlichem Ausgang.

Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß diese Zahlen etwas mangelhaft und unvollständig sind. Es wäre Sache der Gewerkschaften und vor allem der Betriebsräte, diese Zahlen genau nachzuprüfen und vielleicht in der Arbeiterpresse etwas zu vervollständigen.

Wir werden in den nächsten Tagen zu diesem Thema wieder Stellung nehmen. Wir sind der Ansicht, daß mit einer schönen Rede des Herrn Franz im Reichstag gar nichts getan ist — wobei im besonderen kein Unternehmer die Reden von Franz mehr ernst nimmt — sondern daß man die Belegschaften zum Kampf gegen den dauernden und dauernd steigenden Arbeitermord mobilisieren muß.

Starke große Gewerkschaften sind notwendig, die den Klassenkampf gegen die wirtschaftliche Reaktion mit aller Macht führen, ein Rückgrat für die Betriebsräte bilden.

Deshalb sollen die Arbeiter auf die Stimme der kommunistischen Partei hören, und sich im Bergarbeiterverband organisieren und dafür sorgen, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht ohne Kampf dauernd verschlechtert wird.

Aufbau großer starker Gewerkschaften! Massenaustritt in die freien Gewerkschaften! Kampf gegen weitere Verelendung und Verschlechterung! Einheitsfront im Bergbau von der Arde bis nach Oberschlesien!

Wirtschaftsstrife in der Langenbielauer Textilindustrie

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Die Firma Dierig hat 104 Arbeitern gekündigt, die in den nächsten Tagen zur Entlassung kommen. Die größten Firmen und die kleinsten rationalisieren brutal und rückwärtslos. Was bedeutet es denn, wenn 100 Arbeiter mehr auf der Straße liegen, die Profite bleiben. Diese 104 zur Entlassung gekommenen Arbeiter sind die ersten von circa 1700, die in nächster Zeit das letzte mal die Fabrikstore durchschreiten. Weitere 1600 Entlassungen werden also im Reichsbader Textilgebiet folgen.

Damit bekommen die Arbeiter das wahre Gesicht der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft zu sehen.

Die Demagogen aller Schattierungen, die den Arbeitern einreden wollen, die Rationalisierung liege auch im Interesse des deutschen Proletariats, werden somit Lügen gestraft.

Wie lange wollen die Gewerkschaften zu diesen Dingen taubenlos beiseite stehen? Glaubt man immer noch daran, daß man durch Verhandlungen mit den Kapitalisten und der Regierung das Elend der Erwerbslosigkeit, das in erschreckender Form unter der Textilarbeiterschaft Platz greift, beseitigen zu können?

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter zu diesen Dingen in den Betrieben und Gewerkschaften klar und entschlossen Stellung nehmen.

Die Werkspolizei wandert ins Geäußnis

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Seit dem 1. April d. Js. war auf der Ergrube der „Deutsches Bleicharbeiten“ eine Firma, die Logen, Othulogengesellschaft tätig gewesen. Das Verhalten dieser kranken Rationalhelden verriet sich demachen, daß sie am 6. d. Mts. die Grube in Gefahr gesetzt haben. Es sind durch die erwähnten drei Schüsse zum Ausbruch gekommen. Der eine Schuß, zehn Meter von der Wächterhütte entfernt, in die Waage, der zweite in das Verwaltungsgebäude, dem Wachturm, der dritte Schuß ganz abseits in den Grubenplatz. Die Verwaltung erließ sogleich eine Bekanntmachung und setzte eine Belohnung von 500 Mark aus, demjenigen, der die Täter ermittelt. In der darauffolgenden Nacht wurde die ganze Othulogengesellschaft umzingelt und in das Gefängnis abgeführt, so daß die Firma Othulogengesellschaft auf der Grube nicht mehr besteht.

Kolonialwaren, Delikatessen
Weine, Spirituosen 2386
Gnoth
Schleißwerderstr., Ecke Mehlgasse

Gaststätte
Felix Ellewsky
Treibitzer Platz 7 23187

Pflichter- und Wirtsgeschäft
Oskar Raupach 23187
Alsenstraße 25, Ecke Anderssenstraße

lack- u. Farbenhaus Rembrandt
Inh. Herbert Salzborn 23140
Luisenstr. 27 Tel. Ohle 8375

Lebensmittel Konsum
Ernst Mündel
Schlenkstraße 12
Kolonialwaren, Tabak, Zigarren
Weine, Liköre 23066

Wilh. Bergmann
Hummel 11
Farben Lacke Drogen Chemikalien

Wäber 82-83 311 Übergebenster 415 312
Genoff / Garante Jede Art 3,00 311
Rahmen 5,00 311
Nemmer 46, 42, 36, 22 **Sahn**, Ratba-
zinnenstr. 13

Fleisch- und Wurstwaren
Anton Soika
Fleischermeister
Klosterstraße 30 23064

Max Schüge Nachfolger
Curt Fischer 23103
Drogen - Farben
Klosterstraße 91 Telefon R. 1281

Dom-Drogerie
Adalbertstraße 47 23142

Gaststätte Georg Loebel
Oienersstraße 6 23125
Gut gepflegte Getränke
Fr. Wurstwaren Angenehm. Familienaufenthalt

Drogerie und Farbenhaus
Paul Rausch 23089
Seiffenstr. 12-14, Ecke Hildebrandstr.

Billige Bezugsquelle
für sämtliche Kolonialwaren, ff. Kaffees
Tee, Schokolade
Oskar Laqua
Anderssenstr. 31 23107

„Zur letzten Minute“
Paul Risch 23069
— Verkehrslokal der Arbeiterschaft —

A. Kaschta, Alsenstr. 27
Ständiges Lager von 23116
Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung
Auf Wunsch Maßanfertigung
von Herrenanzügen, Kleider u. Mäntel

Zigarren, Zigaretten, Tabak
Fritz Böhl 23115
Frankfurter Straße 71

RFB. u. Partei-Lokal
Anton Franke 23126
Tauentzienstraße 113
Angenehmes Arbeiter-Lokal

Wohntuchen wir? 23114
In's Klosterstübli
Münsterstr. 22-24
gut geputzte Wäsche, Bier- und Likör
Gut Mittag- und Abendessen
Tägliche Konzerte Inh. I. Reichardt

Kolonialwaren :: Delikatessen
Carl Scholz
Schweizerstraße 2 23120

Carl Hinze Nachf.
Inh. Max Plank
Kolonialwaren, Delikatessen
Alsenstraße 89 23121

Anna Bartsch, Putz-Atelier
Klosterstr. 2, 1. u. 2. Etage
23123

Lebensmittel, Milch, Butter 23122
Milchprodukte, Gemüse
Wilhelm Nau, Alsenstr. 9

23124 **Weg für Käse trinken gut und fein**
Brot für bei jeder Zeit
Lothar Dijkstra
Delikatessen, Kolonialwaren
Kaffee-Konzerne
Friedrich-Wilhelm-Str. 7 / Tel. Ohle 1037

Gaststätte
Rudolf Marx & Sohn
Sedanstraße 28 23155

Lederhandlung
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Schäfte, Stepperei 23159
Alfred Doppler
Höfchenstraße 84

Walther Klinke
Schindamm, Ecke Hirschstr.
Billigste Lebensmittel
5% Rabatt

Max Zimmermann
Schwenckfeldstraße 32
Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten
Tabak, Weine, Liköre. 23001

Gaststätte Anton Goita
Brigittenstraße 7
empfiehlt seine Lokalitäten und
Vereinszimmer. 23077

Bäckerei und Konditorei 23069
Paul Mohry, Hirschstr. 69

Zigarren-Haus 23070
Alfred Foerder
Sternstraße 76, Ecke Brigittental

Anker-Drogerie
Großmann & Heinze
Farbenhaus / Scheinigerstraße 23
Billigste Bezugsquelle für Maler,
Handwerker usw. 23073

Gaststätte MAX SCHOLZ
Striegauer Platz 109 23128
Angenehmes Familien-Lokal
Täglich Jazzbandkapelle

Schuhhaus E. Geiger
Friedr. Wilhelm Str. 15
Bezugsquelle für gute u. billige
Schuhwaren 23133

Paul Fahrenwald
Kolonialwaren, Weine, Zigarren,
Zigaretten, Schindamm 62 23074

Gut und billig kaufen Sie
Schuhwaren jeder Art
in 23117

Schuhmarkt, Aussenstraße 41
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
kaufen Sie reell und billig bei
Fedor Kühnöl
Anderjensestraße 17 23108

Bade Dich gesund im 23063
Breslauer Hallen-Schwimmbad

Zigarren, Zigaretten, Tabake
K. Kühnel
Michaelisstr. 60 und Alsenstr. 28
Wiederverkäl. erk. hohen Rabatt 23109

Angenehmes Familienlokal
Paul Christoph, Vincenzstr. 8 23158

Zigarren, Zigaretten, Tabake 23118
M. Bronzel Friedr.-Karl-Str. 31

Eisenwaren, Werkzeug, Stahlwaren
Haus- und Landgerätschaften 23111
Glas, Porzellan, Steinzeug
Otto Schumann
Vincenzstraße 31

Jeder Arbeiter kauft seine
Rauchwaren im 23112
Zigarrenhaus B. ESEN
Vincenzstraße 59

Schokoladen, Konfitüren,
Kaffee, Kakao, Tee 23122
Hedwig Schneider
Tauentzienstraße 142

Röstkaffee, Teemischungen
Kakao, Schokoladen
liefern in nur Qualitätsmarken
Hugo Oscar Neumann
Kaffee-Groß-Händler 23020
Kreuzstr. 47/48, Bismarckstr. 23, Poststr. 5
Grapenstr. 2/4, R. Matthiasstr. 2/4

Gaststätte DAVID TICHAUER
Tauentzienstraße 190 23139
Angenehmer Arbeiteraufenthalt

Heinrich Scholz
Ottosstraße 2, Ecke Mehlgasse
Kolonialwaren, Zigarren, Weine
und Spirituosen 23156

Wilh. Scholz
Ottosstr. 48 Ecke Rosenstr. 23144
H. Rietsch- und Wurstwaren

Inferre Leistungsfähigkeit ist durch Eigenfabrikation
unerreicht
Gebr. Meister 23047
Albrechtstraße 40 part., I. u. II. Etg.
Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung
Gegründet 1886

Referiert für 2314
für Haus- u. Handel
Meißner
G. m. b. H.
Lötterfabrik 22455

Referiert für 2314
für Haus- u. Handel
Meißner
G. m. b. H.
Lötterfabrik 22455

Gut und preiswert kaufen Arbeiter
in der Bäckerei
F. Berger
Kreuzstraße 38 23072

H. Wassermann
Friedrich-Wilhelm-Str. 35
Herren- u. Knabenbekleidung
Windjacken / Arbeitshosen / Damen-
Blusen und Kleider / Alle Manufaktur-
waren
Vorzeiger Dieses 5% Rabatt

Kolonialwaren Konrad Schumann
Frankfurter Straße 47 23121
Kaffee, Weine, Lebensmittel
Reell - Billig

A. Lukaschek
Pufzhaus 23016
Friedrich-Wilhelm-Straße 59

Litöre / Spirituosen
Seidel & Co., GmbH.
Flaschenverkauf:
Lutherstr. 21/23 Altsüßer-Ohle 13
Friedrich-Wilhelm-Straße 75
Ausschnitt:
Friedrich-Wilhelm-Straße 75 23062

Treff 23127
der Arbeiterschaft vom Ohlauertor
Oskar Eichs
Klosterstr. 125, Ecke Königgrätzerstr.

Leder-Schäfte-Bedarfsartikel
Leder-Handlung 23131
Frankfurter Str. 128 a

Wichtig! R.F.B. und Parteigenossen
Treffpunkt der Arbeiter ist bei
Karl Graf, Westendstraße 37
Verkehrslokal der Arbeiter 23110

Streichfertige Öl- und Lack-Farben
Richard Hellmann 23124
Gräbchenstr. 117 Bärenstr. 5
Pinsel 5% Rabatt Schablonen

F. I. Richter
Kolonialwaren 23019
Rebenstr. 13 Ecke Michaelisstr. 15

Reichs-Drogerie
Viktor Thoma, Trebniger Str. 46
Farben / Lacke / Pinsel 23032

End- u. Farben-Spezialgeschäft
Inhaber 23102
Rag Bleil u. Adolf Andrißky
Tel. O. 503 Feldstraße 50 Tel. O. 503

Kaufhaus Adler
Spezialität: Berufsbekleidung, Windjacken
Fürstenstraße 2 23078

Stadt Namslau Matthiasstr. 211
Verkehrslokal der Arbeiterschaft 23085

Drogerie zum Großen Kurfürsten
Matthiasstr. 161/163 23050

Richard Elison
H. Fischer
Kolonial- und Rauchwaren
Weichenburger Str. 40 23051

Georg Seidel
Zigarrenhaus / Neudorfstr. 26
5% Rabatt 23150

Frucht-Eis 23151
Müller, Sauerhienstr. 136
Schokoladen- und Konditorwaren

Fritz Kutsche
Wäldchen 24 23151
Verkehrslokal der Arbeiterschaft

Arthur Lzieselsky
Vörwerkstraße 62, 64 23101
Abteilung: Kolonialwaren, Delikatessen
Abteilung: Waffen und Munition

Julius Rieger
Moderne elektrische
Kaffee-Rösterei
Sternstr. 92

Bruno Scheyer
Lederhandlung, Lederausschnitte
Tauentzienstr. 173 23092

Bäckerei / Konditorei
E. Matuffel
Schwenckfeldstr. 31 23064

Kolonialwaren, Spirituosen,
Zigarren 23087
E. Adler
Leuthenstr. 16-18

Lack- und Farbenhaus Süd-Ost
Neudorfstraße 17 23071
Lieferant für Privatgebrauch
Sämtliche streichfertigen Farben

Georg Jander
Kolonialwaren, Delikatessen, Destillation
Friedrich-Wilhelm-Straße 53 23122
5% Rabattmarken der Kolonialwarenhändler

Zentral-Ball-Säle
Westendstraße 50 23079
Jeden Sonntag öffentlich. Tanz

Drogen, Farben, Lacke
Drogerie Franz Gröbchel
Leuthenstr. 60 23059

Lederhandlung
J. Cieslinski
Leuthenstr. 12-14 23080

Kolonialwaren, Delikatessen
Kondieren, Weine 23119
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Franz Rzehulka
Alsenstraße Nr. 48

Bekleidungshaus J. Ruben
Frankfurter Straße 60/62 23133
Herren- u. Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß

Heinrich Adler
Kolonialwaren
Friedrich-Wilhelm-Str. 37 23147

Walter Kunze
Fahrradhandlung und Spezial-
Reparaturwerkstatt
Silberbrandstr. 17/19 Ohle 6988

Nordstern-Drogerie 23074
Bruno Huth
Treibitzerstr. 12. Ecke Ottostr.

Kolonialwaren, Delikatessen
Rudolf Trappe
Inh. Margarete Trappe
Matthiasstr. 113 23113

Streichfertige Öl- und Lackfarben
kauft man billigst in der
Wäldchen-Drogerie
Rosenthalerstr. 16 23105

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Hermann Seidel
Rosenthalerstr. 16 23105

Schuhwarenhaus Schöbel
Eigene Reparaturwerkstatt 23106
Weinstraße 38

Drogen, Farben, Photo- und
hygienische Artikel 23073
A. Pohl, Kleinfeldstraße 22
Erlingstraße 28

Johann Roloi
Billige Lebensmittel 23055
Matthiasstraße 96, Ecke Waterloostraße

Besucht 23160
Hugo Rüdigers
Gaststätten
Preiswerte Getränke u. Speisen
Ziegen- und Gartenhaus
Waterloo 23188
Waterloofstr. 8
Sämtliche Maler-Bedarfsartikel

Friedrich Giesel
Drogerie zum goldenen Anker
Bismarckstr. 12 23048
Lack und Farben

Phönix-Drogerie
Schwenckfeldstr. 26

Kolonialwaren 23007
Otto Bornschein
Lößelstraße 11 Telefon 40560

Farben - Lacke - Pinsel
Spezialität 23098
Freiherrliche Fußboden-Farbe
H. Signus, Gräbchenstr. 54

Kolonialwaren 23008
Gwosdz, Mariannenstr. 21
Zigarren / Zigaretten / Weine

Mailich's 23083
Kolonialwaren und Spirituosenhaus
Gräbchenstr. 112
Telefon Stephan 30820

Schuh-Stage L. Hecht
Anderjensestraße 25 I., Ecke Alsenstraße
reell einfache, sowie elegante Luxuschuhe
Überbilligste Preise

Kolonialwaren, Malterösterel 23141
Richard Rafal, Nikolaistraße 59

Weiß- und Feinbäckerei
Paul Hisslinger
Cewaldstraße 22 23051

Gaststätte
Gustav Hahn
Alsenstraße 37 23149

JULIUS WERNER
Inh. Curt Werner 23058
Fahrräder -- Nähmaschinen -- Gas
Stark- und Schwachstromanlagen
Gegr. 1896 Neudorfstr. 5

Sport-Zentrale Schlesien
Friedrich-Wilhelm-Straße 69 23124
Turn-, Sport- Bekleidung und -Geräte

Julius Krause, Bäckerei
Rosenstraße 34 23145

Wilh. Starzinsky
Kolonialwaren / Weine / Spirituosen
Weinstr. 11, Ecke Oeisenstr. 23148

Walter Kunze 23088
Fahrradhandlung und Spezial-
Reparaturwerkstatt
Silberbrandstr. 17/19 Ohle 6988

Nordstern-Drogerie 23074
Bruno Huth
Treibitzerstr. 12. Ecke Ottostr.

Kolonialwaren, Delikatessen
Rudolf Trappe
Inh. Margarete Trappe
Matthiasstr. 113 23113

Streichfertige Öl- und Lackfarben
kauft man billigst in der
Wäldchen-Drogerie
Rosenthalerstr. 16 23105

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Hermann Seidel
Rosenthalerstr. 16 23105

Schuhwarenhaus Schöbel
Eigene Reparaturwerkstatt 23106
Weinstraße 38

Drogen, Farben, Photo- und
hygienische Artikel 23073
A. Pohl, Kleinfeldstraße 22
Erlingstraße 28

Johann Roloi
Billige Lebensmittel 23055
Matthiasstraße 96, Ecke Waterloostraße

Vertreter
für Strickwaren auf Provision sucht, (bei etwas Gewandtheit hoher Verdienst)
Oskar Schubert, Stricker, Dungsau
Goldbergerstraße 8

Frieda Vater
Görlich, Pragerstraße 23
Lebensmittel-Geschäft

Achtung! Hausfrauen!
Am besten und billigsten kauft man

Landskronbier immer
im Genuss

Billiger Fleisch-Verkauf

Schweinefleisch	1,00-1,10
Rindfleisch ohne Knochen	1,10-1,30
Hammelfleisch	1,00-1,20
Lungenfett (Deutsch.) Pfd.	1,00
Ausgebr. Schweinefett Deutsch.	1,00
Räucherspeck Pfd.	1,30
Kalbfleisch Pfd.	1,20-1,30
Pökelfleisch Pfd.	1,00-1,10
Knoblauchwurst Pfd.	0,60
Polnische Pfund	0,70
Leber- u. Preßwurst 1/4 Pfd.	0,20
Preßkopf Mettwurst u. Mortadella	0,30
ff. Aufschnitt 1/4	0,40

sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt

Adolf Weiß
Fleischerei und Wurst-Fabrik
Breslau, Moltkestr. 13
Fernsprecher Ring 2669
Nur Freitag und Sonnabend
Ausnahmepreis!

Obst, Gemüse, Kartoffelgroßhandlung
Detailverkauf
Fritz Titze
Freiburg, Kirchstr., Keller, Kath. Schule

Haus- und Küchengeräte
bei
Paul Brückner
Breslau, Matthiasstr. 147/49
im Hofe, kein Geschäft
Fehlerhafte Sachen nach Gewicht

Beachte!
bei allen Einfäulen immer nur ein Inserenten!

Karl Strauch, Polnitz
Blücherstraße 76
Fleischerei und Wurstgeschäft

Anzüge für rote Frontlämpfer.

R. F. B. Kittel	7.50 Mk.
" Hosen	7.50 "
" Mützen	2.50 "
" Koppel	3.00 "
" Schulterriemen	1.00 "
" Koppelschlösser	1.00 "
" Sportstutzen	3.50 "
" Armbinden (rot)	0.30 "
" Feldflaschen	1.25 "

sowie Fahnen und alle Ausrüstungsgegenstände soeben eingetroffen.
Verwand nach außerhalb nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Warenvertriebsstelle des R. F. B.
Tel. 2884 Görlich, Dungsau 6 Tel. 2884

Clubwesten
eigener Fabrikation zu äußerst niedrigen Preisen versendet in Preislagen 4.50, 7.00, 9.00, 11.00, 14.00 und 18.00 Mk.
Wiederverkäufer werden geliebt!
Oskar Schubert, Dungsau

Vorteilhafte Einkaufsquelle
von Mehl, Kolonialwaren
Tabak, Zigarren, Zigaretten
und die gute R. F. B.
Paul Fehler
Marklissa a. Q.

Die Fünfer aller Fünfer

DOLOMITI
ZIGARETTE

5 Pfg.

SUNNE
GEORG JASMATZI & SOHNE DRESDEN
SUNNE

L i e g n i t z

Max Süßmann
Liegnitz, Mittelstraße Nr. 11
Arbeiter-Bekleidung
Sport-Anzüge / Windjacken
Regenmäntel / Regenmäntel
und Hosen in jeder Art
enorm billig

Billigste Preise **Schuhe** nur von **Silbermann!** Größte Auswahl
Beste Qualitäten Liegnitz, Ring 30, Ecke Bäckerstraße Sorgfältigste Bedienung

Max Süßmann
Liegnitz, Mittelstraße Nr. 11
Herren- und Knabenkonfektion
Schönste Auswahl
Billigste Preise

Motor- u. Fahrräder
sowie sämtliche Reparaturen
m. Sosinski, Mechanikermeister
Liegnitz, Breslauerstr. 75

Ihren Einkauf in
Kleiderstoffen — Herrenstoffen
Leinen- und Baumwollwaren
beden Sie bei bequemer Teilzahlung
am billigsten bei
Bruno Jolubowski
Liegnitz, Nikolaistraße 1

In Gartenstadt Liegnitz kann man seh'n
An vielen Ecken Pohl's Eismagen steh'n
Unsere Parole darum sei
Kauft Fruchteis in **Pohl's** Eiskonditorei

Kaufe gut und billig im
Zigarren-Spezialhaus
Richard C. Schliwa
Liegnitz, Haynauer Str. 4,
gegenüber der Ritterakademie.
Breslauer Str. Ecke Haagstrasse.

Die Central- und
Kammer-Sichtspiele
sind in Liegnitz
die führenden
Sichtspielhäuser

Herren- u. Knaben-Konfektion
Herren-Artikel
S. Harlam
Liegnitz
Eingang nur Haynauer Straße
gegenüber der Ritter-Akademie 1. Laden

Kolonialwaren — Zigarren, Zigaretten
kaufen Sie gut und preiswert bei
H. Nowastowski
Liegnitz, Wilhelmstraße 6

„Gasthof zum Vergißmeinnicht“
Jakob Graumann, Liegnitz
Breslauer Strasse 29
Angenehmer Aufenthalt, gutgepflegte Biere, Speisen zu jeder Tageszeit, Fremdenzimmer, solide Preise

Liegnitzer Beerdigungsinstitut
Paul John, Jauerstr. 20
Fernruf 2125
Überführungen
mit Auto und Gespannen

Oskar Meffert
Liegnitz, Jauerstr. 66
Fahrräder, Nähmaschinen
Ersatzteile, Reparaturen

Banzen
werden radikal ver-
tilgt. „Wanzen-
Kästch. 1. — u. 2. 25 Mk.
Willy Fenger.
Liegnitz, Carthaus-
Drogerie

Korb- und Bürstenwaren-Geschäft
Paul Friabe, Liegnitz
Glogauer Strasse 12/14

Empfehle meine erstklassigen Marken
Spezialräder
sowie
Grash- und Zubehörteile
zu den bekannt niedrigsten Preisen
Teilzahlung
Niederöchl. Fahr-Engro-Haus
Liegnitz
Jagt Marienplatz 6 (früher Ring 26)

Fahrräder Nähmaschinen
und alle
Reparaturen
Robert Hoffmann
Liegnitz, Kaiserstr. 4

Remane Nachf.
Inh. Th. Lewandowski
Billigste Bezugsquelle für
gute Kolonialwaren und
Rauchwaren
Liegnitz, Carthausstr. 7
und Filialen

Kolonialwaren / Konfitüren
Zigarren, Zigaretten u. Meise
Erich Rösner
Liegnitz, Wilhelm Strasse 30

Arbeiter u. Angestellte
verkehren in den
„Drei Rosen“, Liegnitz,
Kohlmarkt 10-11
Gutgepflegte Biere — Fremdenzimmer

H. Bräunlich
Fahrräder — Nähmaschinen
Ersatzteile — Reparaturen
Liegnitz, Kohlmarkt Nr. 18

Karl Titze
Fahrräder, Motorräder
Ersatzteile
Liegnitz, Jauerstraße 8

Dauerhafte Schuhwaren
finden Sie jederzeit in reichster Aus-
wahl zu jedem beliebigen Preise bei
Franz Mücke
Schuhmachermstr.
Liegnitz, Mühlenstraße 4

Institut für Naturheilverfahren
C. Muth
Liegnitz, Frauenstraße 5, II.
Sprechstunden: 9-1 u. 3-6
Frauenkrankheiten!
behandelt durch schwedische Massage
und Heilgymnastik
Frau B. Muth.

Reserviert

Paul Meyer
Frisör
Liegnitz
Rudolfstrasse 24

Molker- u. Landbutter
Margarine, Käse, Eier
täglich frisch und sehr preiswert
zu haben bei
Paul Delica
Butterhalle Victoria
Liegnitz Frauenstr. 19

